

Die Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 235 — 2. Jahrgang Saarbrücken, Mittwoch, den 10. Oktober 1934 Chefredakteur: M. Braun

Erneuerung
der österreichischen
Sozialdemokratie
Seite 4

Nazi entdeckt Palästina

Glorifizierung des Judentums durch den „Angriff“ Ein Nazi wird in Palästina bekehrt

Berlin, 9. Oktober. In Ermangelung ausreichender Verdummungsparolen ist Reichslügenminister Goebbels vor einiger Zeit auf eine teuflische Idee gekommen. Er beauftragte den Chefredakteur seines „Angriff“ Schwarz van Berk, einen tüchtigen nationalsozialistischen Journalisten nach Palästina zu entsenden. Van Berk suchte sich einen zuverlässigen Journalisten aus und gab ihm entsprechende Richtlinien „für die Reise“. Er machte dem jungen Mann klar, daß seine Reiseberichterstattung der nordischen Rasse zum Ruhme und dem Judentum zur ewigen Schande sein müsse. Der Journalist mußte schildern, wie die Juden in Palästina schächern, rehlen, betrügen, kurzum dem deutschen Volke zeigen, wie diese Ausgeburt der Hölle dort im gelobten Land sich austobt. Van Berk gab auch dem jungen Journalisten einige Nummern des „Stürmers“ mit, in denen ein angeblicher Diplomat eine Schilderung über Palästina in der üblichen vornehmlichen Form des Streicherischen Schmierblattes schildert.

Der „Völkische Beobachter“ und der „Angriff“ kündigten in ganzseitigen Inseraten die bevorstehende Sensation an. „Ein Nazi fährt nach Palästina.“ So wird die neueste aufsehenerregende Artikelserie im „Angriff“ und „Völkischen Beobachter“ lauten. Diese ganzseitigen Inserate waren voll von gemeinsten Anpöbeln gegen die Juden, und man konnte sich danach ungefähr schon ein Bild von der neuesten nationalsozialistischen Gemeinheit machen.

Nun hat die Artikelserie im „Angriff“ begonnen. Neugierig kürzten sich die Leser auf die Artikel, die unter dem Pseudonym „Vim“ erscheinen und — es muß offen zugegeben werden — diese Artikel stellen eine ungeheure Sensation dar, denn sie bedeuten nicht eine Berurteilung, sondern eine Glorifizierung des Judentums und des jüdischen Menschen. Wie kam das? Ganz einfach. Der junge nationalsozialistische Journalist kam nach Palästina mit den üblichen Vorurteilen gegen die Juden. Er konnte den jüdischen Menschen nur nach dem Streicherischen „Stürmer“, nach dem Pamphlet des Herrn von Veers „Juden leben Dich an“, nach den Artikeln des „Angriff“ und nach der nationalsozialistischen Bibel „Mein Kampf“. Er suchte die Ganner, Schieber und Ausbeuter.

Statt dessen fand er ein fleißiges und arbeitsames Volk, das mit einem beispiellosen Eufusiasmus im Kampf gegen die Mäße, im Kampf gegen die Ratur steht, ein Volk, das im Schweiß seines Angesichts unter schwersten Umständen sich eine neue Existenz aufbaut.

Der Hauch der tausendjährigen Kultur, der Kultur eines Volkes, das zu einer Zeit, als die Vorfahren dieses jungen nationalsozialistischen Journalisten im Teutoburger Wald in Schlachten herumkriechen, der Welt das Buch der Bücher, die Palmen und die Propheten schenkte und jenen Nazarener, dessen Persönlichkeit heute beschudelt wird, indem man in Deutschland seine jüdische Abstammung bezweifeln will. Je mehr dieser Nazi Einblick in das Leben Palästinas gewann, desto mehr verlor er in seiner Vorstellung das verzerrte Bild über das Judentum, das er, der Berühmte bisher hatte. Und als dieser junge Nationalsozialist, dieser Sendling Goebbels, Palästina verließ, da wurde aus dem nationalsozialistischen Saulus ein Judenfreundlicher Paulus.

Das große Wunder ist geschehen, und der „Angriff“ ist wider seinen Willen gezwungen, ein Loblied über den jüdischen Aufbau und den jüdischen Menschen zu singen. Man höre und staune, was der „Vim“ im Goebbelschen Organ schreibt:

Ein jüdischer Kankwart hatte ihn vor der Straße Tulkarem — Tel-Aviv gewarnt, da sie schlecht sei. Zufälliger gerät Vim auch in Autoselle. In dieser ungemütlichen Situation sieht er einen Lastwagen herannahen. Er erlebt folgende Szene:

„Es ist das Lieferauto einer jüdischen Siedlung. Der Chauffeur hält sofort, kommt heran. Hier gleich ein allgemeines Wort über die Kameradschaft auf der Landstraße in Palästina. Ich fand sie stets vorbildlich, uneigennützig bis zum letzten, einerlei, ob bei Arabern oder Juden. Meine Ketter machen weiter gar kein Aufhebens, holen ihren großen Wagenheber. Zwei Araber, die auf dem Wagen saßen, helfen und in fünf Minuten ist der Wagen herausgeholt. Ich fahre etwas zurück und umgebe die Stelle. Den Juden kann ich nicht bewegen, ein Entgelt für seine Hilfe anzunehmen. So fällt für die Araber ein besonderes Volkstuch ab.“

Also die Juden sind eines vorbildlichen Kameradschafts sinns fähig? Bisher haben wir im „Angriff“ darüber ganz andere Dinge gelesen. Dort schrieb Goebbels, Ruhe und Konserzen, daß die Juden eine Pest seien und die Menschheit ausbeuteten, und daß man sie deshalb ausmerzen muß.

Aber es kommt noch besser. Vim besucht eine Reihe von jüdischen Kolonien, er kommt in die berühmte Kinderkolonie Pen Schemen und zeigt überall, wie durch jüdische Arbeit der Wüste der Boden entrisen wurde. Er macht eine Reise durch das Emel Jedreel und erzählt, wie dort die Malaria die Siedler aus dem Sumpfbereich vertrieb, bis die Juden kamen, die es auf sich nahmen, den Sümpfen zu Leibe zu gehen.

Und er erzählt dann weiter, wie das große Wunder geschah, wie es die Juden fertiggebracht haben, in 10 Jahren aus dieser Malaria- und Steppengegend einen Kulturboden zu machen, wie dort, wo einst nur Wüste war, blühende Kolonien entstanden sind.

Das Kameradschaftsleben in den Kolonien macht auf den Sendling Goebbels einen großen Eindruck. Er stellt fest, daß diese Juden sich dort gegenseitig helfen, schwere Arbeit leisten und die Grundlage für ein neues Gemeinschaftsleben schaffen. Er stellt ferner fest, daß diese Juden in den Kolonien den Gemeinschaftsgedanken in die Tat umsetzen. Dort herrscht nicht der betrügerische Hitler-Sozialismus, dort herrscht wahrer Kollektivismus. In der Kolonie Simoah Brenner wird er lebendwärtig empfangen. Die Kolonisten begehen keinen Ritualmord an ihm, ja sie laden ihn zu ihrem bescheidenen Mahl in ihrem Kollektivspeisehaus ein. Und hier muß dieser Germane sich seines Landes schämen. Was er weiter im „Angriff“ schreibt, ist eine versteckte Anklage gegen die Judenverfolgungen in seiner Heimat.

„An der Rückseite des Saales, so schreibt Vim sitzen zwei junge Juden. Ihre Gesichter zeigen noch die Blässe der nordischen Stadt. Unter den braungebrannten Gestalten fallen sie sofort auf. „Ja — sagt unter Ährer — das sind zwei Deutsche. Sie sind erst vor zwei Wochen zu uns gekommen. Es fällt Ihnen nicht leicht, sich einzugewöhnen, aber sie werden es schon schaffen.“

Vim kommt auch nach Tel-Aviv, und er sagt, diese Stadt ist „beispiellos“. Am Badestrand trifft er, wie er schreibt, Berlin wieder, „während das übrige Tel-Aviv vom Arbeiter mit Bluse und Mäße beherrscht wird.“

„Man kann verstehen, sagt Vim, daß das jüdische Herz höher schlägt, wenn es in dieser Stadt schlagen darf. Jüdische Freunde daran, daß das alles Juden gebaut haben, Juden, beraten, Juden leiten.“

Er sieht mit eigenen Augen den Aufbau Palästinas. Er ist erstaunt, daß dieses Volk, das ja angeblich nur schächern, handeln und zerlegen, nicht aber aufbauen kann, ein solches Aufbauwerk vollbringt. Und es wird ihm ängstlich dabei um die Zukunft des deutschen Exports im Orient.

„Diese lange Industrie“, gesteht Vim, „birgt für Europa in den Ländern des nahen Orients eine schwere Konkurrenz. Noch ist sie in den Kinderschuhen, aber sie wächst von Tag zu Tag.“

So geht es weiter, spaltenlang. Aus der Anklage gegen das Judentum wird eine Glorifizierung des Judentums. All das erscheint im „Angriff“, im Organ des Judenhebers Goebbels, in einer Zeit, wo Hitler Reichsführer ist und in Nürnberg seinen Freund Julius Streicher herzlich begrüßt. Es geschieht Wunder auf dieser Welt! Wahrlich, Jehova hat fürchterliche Rache genommen. Er ließ durch die Feder eines Nationalsozialisten die nationalsozialistische Judenhetze als eine der niederträchtigsten Lügen des 20. Jahrhunderts entlarven.

Großer „Hochverratsprozess“ Viele Jahre Kerker

Am Samstag ging der Prozess wegen Vorbereitung zum Hochverrat gegen 67 Angeklagte vor dem Strafgericht des Oberlandesgerichts Hamm, der die Verhandlung im Kölner Schwurgerichtssaal durchführte, zu Ende. Das Gericht verurteilte wegen kommunistischer Umtriebe, begangen 1933, einen Angeklagten zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus, die übrigen Angeklagten zu Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren zwei Monaten. 16 Angeklagte wurden freigesprochen.

Parteitage in England

O. G. London, 7. Oktober.

Englands Innenpolitik stand vergangene Woche im Zeichen der beiden Parteitage der Parteien, die um die Herrschaft in England ringen: der Konservativen und der Labour Party. Die Konservativen debattierten zwei Tage lang in Bristol, die Labour Party fünf Tage lang in Southport. Es scheint fast paradox, daß die Konservativen, die nach wie vor die stärksten Wurzeln ihrer Kraft aus dem flachen Lande ziehen, als Tagungsort eine industrielle Großstadt wählten, während die Labour Party, die sich aus Industrieproletariat rekrutiert, in einem stillen Seebadort der Westküste tagte. Logik hat nun einmal in England nichts zu suchen.

Der Labour Parteitag

Sensationelles hat sich in Southport nicht ereignet. Von einer starken Mehrheit die radikale Vorschläge der Socialist League, die von Sir Stafford Cripps geführt wird, ablehnen würde, stand von vornherein fest, da die gemäßigten Gewerkschaften, die Kollektivmitglieder der Partei sind und en bloc abstimmen, allein über eine erhebliche Mehrheit im Parteitag verfügen. Freilich war die Mehrheit für gemäßigten Kurs noch stärker als man voraussehen konnte. Im allgemeinen vollzog sich der Parteitag in einer ruhigen und würdigen Atmosphäre. Nur am ersten Tage gab es eine erregte Debatte, die einmal sogar zu einer Sturmizene führte.

Diese Debatte drehte sich um den Beschluß des Parteivorstandes, monach Zugehörigkeit zum Hilfskomitee für die Opfer des deutschen und österreichischen Faschismus unvereinbar mit der Mitgliedschaft zur Labour Party sei, da dieses Komitee nur eine kommunistische Nebenorganisation sei. Dieser Beschluß wurde heftig angegriffen von Lord Marley, dem Vorsitzenden des englischen Komitees, von Harold Laski und vor allem von dem jungen leidenschaftlichen Bergarbeiterfunktionär Aneurin Bevan. Für den Vorstand antwortete Herbert Morrison, der die sachliche Schärfe durch Humor milderte, für die Gewerkschaften der Transportarbeiterführer Bevin in einer ziemlich berben Rede; der Sturm aber wurde ausgelöst durch eine taktlose Bemerkung eines Redners des rechten Flügels, des früheren Bergbauministers Shinwell, der persönliche Dinge hineinzog, und sich schließlich öffentlich entschuldigen mußte. Sachlich ging der Standpunkt des Parteivorstandes mit großer Mehrheit durch.

Wenn der „Völkische Beobachter“ und Blätter ähnlichen Kalibers in diesem Beschluß eine Ablage der Labour Party an die Emigranten und eine Annäherung an das Hitlerregime erblickten, so ist das natürlich heller Unsinn. Hat doch der Präsident des Parteitages in seiner Eröffnungsrede in den schärfsten Worten gegen den Faschismus Stellung genommen, hat doch der Parteitag einstimmig eine Resolution angenommen, die von der englischen Regierung mehr Entgegenkommen gegen die deutschen Emigranten fordert. Bei dem Vorn gegen das Hilfskomitee handelt es sich lediglich um ein Ergebnis des scharfen Gegensatzes der Labour Party zu den Kommunisten, die hinter dem Komitee stehen. Es ist sicher richtig, daß die Labour Party und die Gewerkschaften ohne viel Lärm durch den Matteotisons mehr Hilfe geleistet haben als das genannte Komitee. Aber ein Vorwurf Bevans konnte nicht widerlegt werden: weshalb hat die Labour Party nicht vor den Kommunisten eine Organisation geschaffen, in der gleich dem Hilfskomitee freilebende Männer und Frauen aus allen Parteien zusammen mit führenden Wissenschaftlern, Künstlern und Geistlichen den Kampf gegen die Nazibarbarei und für seine Opfer aufnehmen? Materielle Hilfe ist ja nicht das einzige, worauf es ankommt. Hier waren die Kommunisten die besseren Psychologen.

Die Hauptdebatte in sachlicher Hinsicht ging um zwei Fragen: um die Außenpolitik und um die Frage der Entschädigung der Kapitalbesitzer im Falle der Sozialisierung. Hier machte die Socialist League ihre Hauptvorstöße. In der Außenpolitik gingen freilich verschiedene Stürmungen durcheinander. Der Vorstand und die Gewerkschaften wollten die Frage des Generalfreiehs bei Kriegsausbruch in den Hintergrund schieben, da man sich jeweils nach den gegebenen Umständen richten müsse. Vorstand und Gewerkschaften (Sprecher waren Henderson und Bevin) wollten die Bewegung dem Bölkerbund zur Verfügung stellen. Sie vertreten den Standpunkt, daß nur durch Kollektivaktionen der Friede zu sichern sei. Aber solche Kollektivaktionen könnten unter Umständen Sanktionen militä-

Mün, 8. Oktober.

frischer Art bedeuten, vor denen man nicht zurückweichen dürfe.

Demgegenüber sagt die Socialist League, daß der Völkerbund heute eine Organisation von in der Mehrheit kapitalistischer, zum Teil sogar faschistischer Regierungen sei, und daß die englische Arbeiterbewegung sich nicht ohne weiteres dieser Organisation zur Verfügung stellen dürfe. Sie fordert daher ein Bündnis mit Sowjetrußland und schärft den Kampf gegen jeden kapitalistischen Krieg (ohne freilich zu definieren, was das ist — wäre z. B. die Verteidigung des kapitalistischen Frankreich gegen einen Überfall durch Hitlerdeutschland ein kapitalistischer Krieg oder nicht?).

Neben der Socialist League gab es noch eine weitere kleine Oppositionsgruppe: die Radikalpazifisten, geführt von Lord Ponsonby, die einseitige restlose Abrüstung Englands verlangen und sich z. B. gegen die vom Vorstand geforderte internationalisierte Luftflotte wenden.

Die Debatte war sachlich und ernsthaft, aber völlig abstrakt. Die durch die Existenz des Faschismus hervorgerufenen Probleme wurden nicht einmal erwähnt.

Auch die Debatte um die Entschädigung bei Sozialisierung bewegte sich in sachlichen Bahnen. Während der Vorstand das Prinzip der Kapitalentschädigung nach dem Steuerwert vertrat, wollte die Socialist League den enteigneten Kapitalisten nur für eine Uebergangszeit ein Einkommen garantieren. Der Unterschied ist sachlich weniger bedeutend als psychologisch, was von Herbert Morrison deutlich ausgesprochen wurde. Das Programm der Socialist League würde die Sparer und den Mittelstand ängstigen, auch viele Arbeiter, und den sozialistischen Wahlsieg auf den St. Rimmerleinstag hinauschieben.

Das Wirtschaftsprogramm der Partei wurde einstimmig genehmigt. In der innerpolitischen Frage — der Beseitigung des Oberhauses — wurde ein Kompromiß geschlossen, das Cripps akzeptierte. Das Oberhaus soll danach beseitigt werden, sobald es Beschlüsse der Unterhausmehrheit zu sabotieren versucht. Auf jeden Fall soll die Beseitigung des Oberhauses im Laufe der ersten fünf Jahre einer Labour-Regierung in Angriff genommen werden. (Cripps hatte ursprünglich Beseitigung des Oberhauses als erste Maßnahme einer Labour-Regierung gefordert.)

Interessant und für die Methoden englischer Politik bezeichnend ist, daß Cripps zwar in seinen sachlichen Forderungen fast durchweg mit großer Mehrheit abgelehnt wurde, daß er aber dennoch von den gleichen Menschen, die ihn abgelehnt hatten, zum ersten Male in den Parteivorstand gewählt wurde. Neben ihm wurde noch Attlee, der stellvertretende Vorsitzende der Unterhausfraktion, neu in den Vorstand gewählt.

In der Frage des Sekretärs wurde ein radikaler Beschluß gefaßt. Der Vorstand wollte nur, daß der Sekretär zurücktreten müsse, sobald er Minister würde. Der Parteitag hat beschlossen, daß der Sekretär nicht einmal Parlamentsmitglied sein darf, er soll also kein Politiker sein, sondern lediglich verwaltend. Die Wahl selbst wird der Vorstand vornehmen. Herbert Morrison kommt durch diesen Beschluß als Sekretär nicht mehr in Frage. Aber die gesamte Presse sieht in ihm mehr und mehr den eigentlichen politischen Führer der Partei.

Der konservative Parteitag

Der konservative Parteitag hat an sich geringere Bedeutung als der Labour-Parteitag, er hat mehr beratende Funktionen. Weder die Parlamentsfraktion noch die Führer sind an seine Beschlüsse gebunden. Er soll nur einen Überblick über die Stimmung in der Mitgliedschaft geben. Trotzdem gab es diesmal in Bristol eine Sensation. Nur mit knapper Not entging die Führung einer Niederlage in der Indienfrage. Bei über 1000 abgegebenen Stimmen erhielt die von der Regierung unterstützte Entschlebung nur eine Mehrheit von 23 Stimmen. Der rechte Flügel war noch nie so nahe an den Sieg herangekommen. Die wilde Agitation eines erheblichen Teiles der Rechtspresse gegen die „Kapitulation vor Indien“ und damit gegen Baldwins Indienpolitik ist also nicht ohne Wirkung geblieben. Ein ähnliches Schicksal wird wohl der einstimmig angenommene Antrag eines anderen Führers des rechten Flügels haben, der sofortige Oberhausreform fordert. Die Regierung braucht sich daran nicht zu halten, da sie ja keine konservative Regierung ist, sondern eine Koalitionsregierung. Wie erwartet, stimmte der Parteitag auch einem Antrag zu, der beschleunigte Aufrüstung fordert. Dieser Antrag fand allerdings die Zustimmung der Führung, der in einer eindrucksvollen Rede des Schatzkanzlers Neville Chamberlain gegeben wurde, der allerdings gleichzeitig auf die finanziellen Konsequenzen einer Aufrüstungspolitik hinwies. Daß die Koalitionspolitik von der Mehrheit der Partei gebilligt wird, ging deutlich aus dem stürmischen Beifall hervor, den die die Koalitionspolitik verteidigende Rede Sir Edward Briggs fand, dessen Resolution auch fast einstimmig angenommen wurde. Auch die Plawirtschaftsreform der Jungherzogin fand Beifall, ob daraus Konsequenzen gezogen werden, ist freilich recht zweifelhaft. Jedenfalls erging sich Baldwin mit Spannung erwartete Rede im wesentlichen in unverbindlichen Allgemeinheiten.

Parlamentswahlen erst 1936?

London, 9. Okt. Der Landwirtschaftsminister Walter Elliot sagte in einer Rede in Glasgow, nach den letzten Plänen der Regierung würden 93 Prozent der Grundbesitzer in den Städten des Landes binnen fünf Jahren befristet werden. Man hoffe aber die Arbeiten so zu beschleunigen, daß sie in drei Jahren durchgeführt werden können.

Neben die in der Presse oft erörterte Frage, wann die nächsten Parlamentswahlen stattfinden werden, sagte der Minister für öffentliche Arbeiten Gore in einer Rede in Edinburgh, er halte es für ausgeschlossen, daß die Parlamentsauflösung vor Erledigung des Haushalts von 1936 erfolgen könne, mit anderen Worten: Die Neuwahlen seien erst zwischen Mai und Oktober 1936 zu erwarten. Es lägen keine Anzeichen dafür vor, daß das Vertrauen der Regierung zum Unterhause nachlasse.

Herorische Kämpfe der spanischen Revolutionäre

Die Regierung Lerroux bietet alle Maßnahmen an

Madrid, 9. Oktober. In den späten Nachmittagsstunden des Montag hat sich die Lage in Madrid wieder erheblich zugespitzt. In einem bis Mitternacht dauernden Ministerrat wurde beschlossen, mit allen Mitteln den einmal vorgezeichneten Weg einzuhalten. Der ehemalige Ministerpräsident Azana ist zusammen mit zwei Mitgliedern der Generalität im Flugzeug nach Frankreich entkommen.

Im Rundfunk wurde nochmals amtlich mitgeteilt, daß die Regierung alle ihr zur Verfügung stehenden Kräfte heranziehen werde, um den Aufstand vollständig zu unterdrücken.

500 Aufständische, die sich in einem Bergdorf bei Olzon verschanzt hatten, haben sich ergeben. Gerüchteleise verlautet, daß der frühere spanische sozialdemokratische Finanzminister Prieto, der ebenfalls in die Aufstandsbewegung verwickelt ist, von den Behörden verhaftet worden sei.

Die Rolle des Heeres

Paris, 9. Okt. Wie aus Madrid verlautet, sollen im Leichenhaus die Leichen von 21 Opfern der Unruhen in der Hauptstadt aufgebahrt sein.

In der almerischen Hafenstadt Olzon sollen 71 Aufständische inhaft sein. In gewissen Stadtvierteln von Madrid haben die Aufständischen, die ganz modern bewaffnet sind, die Kabel durchgeschnitten, die den elektrischen Strom liefern.

Wie aus Bordeaux von der französisch-spanischen Grenze gemeldet wird, soll am Montag in San Sebastian Ruhe geherrscht haben. Die Zahl der Todesopfer der Schieberereien von Sonntag soll vier betragen. Am Montagmittag sei es zu einem Zwischenfall gekommen. Die spanische Polizei in Barcelona habe französische Journalisten und Pressekorrespondenten in ihren Hotels verhaftet und sie erst wieder freigelassen, nachdem die Fotografen versprochen hätten, keine Aufnahmen zu machen. Am Montagmittag seien die Grenzbehörden angewiesen worden, keinen Spanier mehr aus Spanien heraus- und keinen Ausländer mehr nach Spanien hineinzulassen.

Die kommunistische „Humanité“ berichtet, daß das französische Innenministerium ihrem Sonderberichterstatter das Ausreisevisum nach Spanien verweigert habe, obwohl es anderen französischen Zeitungskorrespondenten bewilligt worden sei.

Der jugoslawische Königsbesuch in Paris

Seine politische Bedeutung

Paris, 9. Oktober.

In Erwartung des Besuchs des Königs Alexander I. von Jugoslawien weiteten die französischen Zeitungen mit Begrüßungsartikeln, französische Heerführer, die auf der Balkanfront ein Kommando hatten, veröffentlichten Aufsätze, in denen sie ihre persönlichen Erinnerungen an den König aus der Kriegszeit erzählten, so Marschall Franchet d'Espèrey und General Guillaumat.

Dem Besuch des Königs wird in Pariser maßgebenden Kreisen eine große politische Bedeutung beigegeben. Er steht in einem engen Zusammenhang mit den Bestrebungen zur Schaffung einer französisch-italienischen Allianz. Wir haben in unserem gestrigen Vortragsartikel auf diese Bestrebungen hingewiesen und hierbei insbesondere die Stelle der jüngsten Rede Mussolinis erwähnt, die sich mit den italienisch-französischen Beziehungen befaßte. Es hat den Anschein, daß die Gezeiten, die unmittelbar zwischen Frankreich und Italien fließen, bei gutem Willen von beiden Seiten gehoben werden können. Das jugoslawische Problem steht aber den Verhandlungen, die gegenwärtig zwischen den Diplomaten der beiden Länder geführt werden, immer noch hindernd entgegen.

In seinem heutigen Vortragsartikel neigt der „Temps“, der als Sprachrohr des Dual d'Orsay gilt, auf die italienisch-

Nach einer Meldung aus Lissabon werde die portugiesische Regierung die Flüchtlinge aus Spanien zunächst aufnehmen und als politische Flüchtlinge ansehen. Sie betrachte aber ihren Aufenthalt in Portugal als unerwünscht wegen der Beziehungen, die zwischen den spanischen und den portugiesischen Revolutionären bestehen.

In einer Betrachtung der spanischen Ereignisse hebt das „Journal“ hervor, daß drei Heerführer die Einheit Spaniens gerettet haben: General Franco in Madrid, General Batet in Barcelona und General Lopez Ochoa in der Provinz Asturien. Diese Heerführer sind jetzt die Stütze der spanischen Republik, das Meer wird nunmehr auf einen Schlag das Ansehen wiedergewinnen, das z. T. zurückgegangen war. Vielleicht wird es sogar eine bedeutende Rolle im Geschick Spaniens spielen.

Todesurteile?

Paris, 9. Okt. Eine im „Journal“ veröffentlichte Meldung besagt, daß Präsident Companys und die übrigen verhafteten katalanischen Stadträte von einem an Bord des Deportiertendampfers „Arquan“ beratenden Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden sein sollen. Die Bestätigung der Urteile durch die Madrider Regierung steht noch aus.

Exkönig Alfons

London, 9. Oktober.

Der römische Korrespondent von „Sunday Chronicle“ telegrafisiert seinem Blatte: der ehemalige König Alfons XIII., der sich gegenwärtig in Italien aufhalte, wartet auf den psychologischen Augenblick, um zu handeln. Der Korrespondent habe in Erfahrung gebracht, daß dem König Pläne unterbreitet worden seien, nach denen er plötzlich nach Spanien zurückkehren und die Führung der royalistischen Kräfte übernehmen sollte; er solle dann die Sozialisten und Kommunisten vernichten, um den Thron wieder in Besitz zu nehmen.

Der Vizekonsul des Königs Marquis de Torre habe aber dann folgende Mitteilung gemacht:

„Der König wird nach Spanien nur dann zurückkehren, wenn die Spanier ihn darum eruchen, um das Land vor dem völligen Zusammenbruch zu retten.“

Jugoslawien den italienischen Einfluß in Albanien als eine ständige Bedrohung betrachte. Ferner besetzt ein tiefgehender Gegensatz in bezug auf das Adriatische Meer. Das italienische Vorkommen betrachtet das Adriatische Meer als eine rein italienische Domäne, während Jugoslawien nicht nur einen Ausgang nach diesem Meere verlangt, sondern auch fordert, daß die Adria nicht nur allein Italien gehöre. Es ist eben der alte Streit zwischen den beiden Ländern, der seit den Zeiten des Handreichens d'Annamatos in Klüfte zerfällt. Der „Temps“ meint, daß diese Gegensätze nicht unüberbrückbar seien und erklärt, daß die französische Diplomatie bei den freundschaftlichen Beziehungen, die sie zu den beiden Ländern unterhält, es versuchen wird, durch entsprechende Rückschlüsse zur Beilegung der bestehenden Gegensätze und zur Befriedigung im Südosten Europas beitragen werde.

Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß die bevorstehende Unterhaltung zwischen dem König Alexander mit Doumergue und Barthou den Iwer haben wird, eine Grand-loge für die kommenden französisch-italienischen Verhandlungen zu schaffen, die Barthou in Rom führen wird. Die Ditteldiplomatie verliert, Jugoslawien gegen Italien aufzuspielen, um auf diese Weise Frankreichs Pläne zu zerlegen, aber die Pariser Presse betont, daß König Alexander ein treuer Bundesgenosse Frankreichs war und bleiben wird.

Wofür Devisen da sind

Kopenhagen, 9. Okt. (Juprek). „Arbeiterbladet“ meldet, daß in der letzten Zeit deutscherseits in Wien den dänische Verbe als Quittung für die Artillerie der Reichswehr aufgekauft worden sind. Das Blatt stellt fest, daß „Dänemark also nicht nur Gewehre und Patronen, sondern auch lebendes Kriegsmaterial an die kriegsrischen Nationen liefert.“

Oesterreichische Sozialisten-Führer freigelassen

Wien, 9. Okt. (Juprek). Dr. Danneberg, einer der führenden Persönlichkeiten des ehemaligen Wiener Gemeinderates, Frau Proft, ehemaliges Mitglied des Zentralkomitees der Oesterreichischen Sozialdemokratischen Partei und Julius Braunthal, Herausgeber des sozialistischen „Das Kleine Blatt“, wurden aus der Haft entlassen. Man behauptet, die Freilassungen seien nach einer Intervention des Völkerbundes erfolgt.

Das Neueste

Zwei einflussreiche Mitglieder des protestantischen Aletus von Württemberg, Dr. Hoffmann aus Ulm und Dr. Gaus aus Heilbronn wurden durch den Kommissar der Reichsregierung ihres Postens enthoben. In Brandenburg wurden 15 Pastoren entlassen, die an der Protestation der evangelischen Synode teilgenommen hatten.

Am Montagabend stürzte ein mit vier Personen besetztes Auto, das auf einem Dreiladeweg längs eines Kanals fuhr, in einer Kurve bei Gündal in den Kanal. Der Wagenführer konnte die Tür des Wagens öffnen und sich durch Schwimmen ans Ufer retten. Er fand jedoch in der Nacht erst zwei Stunden später Hilfe, um den anderen Besatzmitgliedern zu helfen. Am Morgen entdeckte man die Leichen der drei Mitfahrer. Sie hatten zwar unter Wasser und dem Auto entkommen können, es war ihnen aber nicht möglich, noch ans Ufer zu schwimmen.

Titulescu, der bisherige rumänische Außenminister, hat sich, nachdem ihm von Tatarcsu das Außenministerium angeboten worden war, noch nicht entschieden und um eine Bedenkzeit bis Mittwoch gebeten. Am Nachmittag wurde Titulescu in dreistündiger Audienz vom König empfangen.

Das Sondergerichtsmorenengericht in Flemingion (Neujer), das über die Anklageerhebung im Falle Vindeberg zu befinden hat, beschloß, gegen Hauptmann Anklage wegen Mordes zu erheben.

Volk an der Saar

Volk an der Saar, steh' still, hör' zu!
 Volk an der Saar, deutsches du,
 Hilf, daß Deutschland frei werde,
 Hilf deiner eigenen Erde!

Brand schlug heraus aus dem Reichstagsbau
 Frage, wer hat ihn angefaßt?
 Hitlers gedungene Meute lacht
 Jeder weiß es, keiner wagt,
 Keiner mehr kraftlos die Wahrheit sagt.
 Volk an der Saar, sei deutsch, sei treu,
 Schaffe das Deutschland der Wahrheit neu!

Buben martern Männer zu Tod,
 Anechinn bringt den Freien um's Brot,
 Und der Senker hat gute Zeit,
 Töchter werden täglich geweiht,
 Und man feiert ein Danerfest
 Und verpulvert den Wirtschaftstsch.
 Volk an der Saar, sie wollen an dich,
 Halte was dein, ein Reimwort sprich!

Hörst du nicht, wie die Erde stöhnt
 Tränen, weil man sie preisend höhnt?
 Hörst du nicht den gekreuzigten Christ
 Klagen aus Opfern der Hinterlist?
 Volk an der Saar, in den Gruben, du hörst,
 Und auf den Beckern, ermannst dich und schwörst,
 Und in den Stuben wo's immer sei:
 Deutsch bleibt die Saar, doch wahr auch
 und frei!

Fort mit der braunen, der undeutschen Brut,
 Hoch deutscher Mut, deutsches Freiheitsblut
 Keine Stimme der Hitlerhand!
 Alle dem kommenden Vaterland!
 Lieber getrennt als unfrei sein!
 Niemals zu dem dort! Nein, nein, nein!
 Homo christianus

„Die Suppe auslöffeln“

Der „legale“ Herr Pirro

Die „Saarbrücker Zeitung“ (Nr. 269) berichtet über eine rechnerische Leistung des Landesführers Pirro. Neues wußte er nicht zu sagen. Die Anhänger der „deutschen Front“ gibt er jetzt mit „über“ 10 v. H. der Saarländer an. Bei seinem Vorgesetzten dem deutsch-französischen Rüstungspatrioten Köhling waren es vor Monaten schon 90 v. H. Wenn der Rückgang bis zum 13. Januar so anhält, wird auch Herr Pirro sich allmählich der Wahrheit nähern.

Natürlich kämpfte Herr Pirro wieder einmal streng legal und diszipliniert. Aber so zwischendurch tutschte er doch wieder aus. Er prophezeite nämlich:

„Diejenigen, die sie heute noch zum Status quo verführen wollen, werden so nach der Abstimmung längst über alle Berge sein, während die Verführten die Suppe auslöffeln müssen.“

Was bedeutet das „die Suppe auslöffeln“? Es ist klar: der Führer der „deutschen Front“ kündigt den Saarländern Ruhe an, die sie erlauben werden, am 13. Januar aus sozialistischer, aus katholischer, aus sonstwie religiöser und aus allgemeinen Gründen des Deutschtums, vielleicht auch nur aus wirtschaftlichen Erwägungen gegen Hitler und seine Terroristen zu stimmen, gegen die Mörder, die unter dem Rufe „Heil Hitler!“ bestialisch ihre Opfer schlachten. Wir trauen dem Pirro intellektuell gar nichts zu. Daß er sich aber als Oberster Gerichtsherr im Stile des 19. Juni betätigen könnte, halten wir durchaus für möglich. Das ist nämlich einfache Henkerarbeit.

Halten wir fest, daß der Landesführer der „deutschen Front“ in jeder seiner Reden das „Gefindel“ bedroht, das nicht dem Terror der „deutschen Front“ sich fügen will. Daraus geht hervor, daß weder die „deutsche Front“, noch die hinter ihr stehende Reichsregierung die Absicht hat, irgendein Abkommen zum Schutze der freien Abstimmung zu halten.

Bekennnis eines Jungkatholiken

Augenblicklich findet die Bezirkskonferenz des Kommunistischen Jugendverbandes an der Saar statt. Den Höhepunkt des Eröffnungstages bildete die Beirufung der Konferenzteilnehmer durch einen katholischen Jungarbeiter. Der katholische Jungarbeiter aus Großrosseln erklärte unter brausendem Beifall folgendes:

„Für mich ist es eine Ehre, als katholischer Jungarbeiter, an eurer Konferenz teilnehmen zu dürfen. Auch wir junge Katholiken haben allen Anlaß, gegen Hitler-Deutschland zu kämpfen. Unsere Führer wurden verhaftet, unsere Kameraden hat man hingerichtet und ermordet. Ich erkläre von dieser Stelle aus meinen Eintritt in den Kommunistischen Jugendverband.“

Im Auftrag der Bezirksleitung der SAJ, überbringt ein SAJ-Genosse der Konferenz heiße Kampfergrüße und wünscht der Tagung den besten Erfolg. „Wir SAJler kämpfen“, so erklärte er unter dem Beifall der Delegierten, „in brüderlicher Verbundenheit mit KJL, um Hitler am 13. Januar eine Niederlage zu bereiten.“

Die Verhetzung der Saar-Jugend

Aus Neunkirchen wird uns geschrieben:

Daß der Terror der Nationalsozialisten immer schärfere Formen annimmt ist zur Genüge bekannt. Neuerdings reißt sich die Hitlerjugend den Terrorgruppen würdige ein. Verwunderlich ist das ja nicht. Buben von 8 bis 14 Jahren werden verschiedene Male die Woche zusammengeholt. Außer den militärischen Übungen gibt man anscheinend diesen Jungen sehr Unterricht, wie sie sich Hitlergegnern, besonders aber deren Kindern gegenüber zu benehmen haben.

Der „Separatismus“ des Oberbürgermeisters Neikes

Das Saarbrücker Stadthaupt Dr. Neikes, ehemaliger willfähriger Weis des Arbeitgeberverbandes, ist ein großer Patriot. Augenblicklich meldet er mit „Heil Hitler!“ in Berlin seinen „Vorgesetzten“ die braunen und gleichgeschalteten Stadtverordneten Saarbrückens. Die Herren sind am Sonntag in das Reich Goebbels gefahren. Gemeinsam mit den Saarbrücker Stadtverordneten sind auch die Stadtverordneten aus Neunkirchen und noch einigen anderen Saarorten nach Berlin gereist. Es ist also ein allgemeiner Reiserummel der gleichgeschalteten Stadtväter nach Berlin. Wieder einmal wird im „dritten Reich“ das gute Saargeld ausgegeben. Die Stadtväter mit Oberbürgermeister Neikes an der Spitze werden in Berlin die billigen Einkäufe tätigen, um ihren Angehörigen an der Saar einige nette „Geschenke“ zu bringen. Der Gepekste wird, wie immer, der saarländische Einzelhandel sein, und Herr Savellouls wird, wie stets, für das schlechte Geschäft natürlich die Regierungskommission verantwortlich machen.

Wie wir hören soll die Neikes-Delegation dem „Obersten Gerichtsherrn“ der Morde des 19. Juni den Ehrenbürgerbrief von Saarbrücken überreichen. Wer die Spesen trägt, die nicht zu knapp sind, ist eine Frage, die bei dieser geheimnisvollen Reise nicht zum wenigsten interessiert. Aber auch die Geheimnisfrämerci, mit der man die Einladung den beiden Arbeiterfraktionen verschwiegen hat, ist auffallend.

Es gibt aber noch mehr Dinge, die der Aufklärung bedürfen. Neikes verdankt seine nominelle Zweidrittelmehrheit (40 Braun-Frontler gegen 8 Sozialdemokraten sowie 12 Kommunisten) lediglich dem Umstande, daß einer der „Untermentchen“ auf bekannte Weise „übergetreten“ wurde. Dieser angesehene Mann war der einzige K.D.-Vertreter, ein Gemeindeführer, der vordem von Neikes hinausgefegt worden war. Aber es bröckelt jetzt wieder etwas im Gehalt der Wackelfront. So ist man insbesondere der 17 ehemaligen Zentrumsvorsteher, von denen einige Gang zur Stimmhaltung zeigen, nicht sicher.

Was die braune „Melde“-Kette besweckt, ist lediglich Propaganda und „Reinigung“. Die Wackelfront, deren die Berliner Gewaltigen besonders nach ihren Clearing-

Latzen doch nicht ganz sicher sind, soll offenbar für die Abstimmung „fertig“ gemacht werden. Auch will man den Neukirchenern die Einrichtungen der Berliner Kommunalpolitik (deren vorzügliche Hygiene, Volkspark, Bauanlagen, Schulverhältnisse usw. durch das „Kuchwürdigke“ System geschaffen wurden) als Wunder des nationalsozialistischen Aufbaus zeigen. Selbst hat man ja nicht viel hinzuzusetzen; denn daß die Citta soeben wieder ihr „Palais de dance“ unter dem Namen „Atlantis“ bekommen hat, wie die Hitler-Blätter triumphierend melden, mag ja für die Spesen der Herren ganz lochend sein, alleine aber doch für solch kostspielige Reize nicht ausreichen.

Wie wir Grund haben anzunehmen, wird an den Geheim-Verhandlungen auch der noch Berlin entschuldene Nazi-Führer im Saarbrücker Rathaus Dr. Schwaga (der den Spaniolen-Erdert verdrängt) einigen Anteil haben. Es handelt sich um viele Dinge, bei denen bekanntwerden den Saarbrücker Steuerzahlern noch die Ohren klingeln werden.

Ueber eine aber wird öffentlich besonders nicht gesprochen, und das ist gerade das Wichtigste.

Wir ergänzen daher das Geheimkonventikel durch die Mitteilung, daß sich der Patriot und Berlin-Führer Dr. Neikes soeben als der größte der „Separatisten“ betätigte und dem „Tanzbunde“ seines Freundes Savellouls ausgezeichnetes Material lieferte.

Auf Grund zuverlässiger Informationen enthüllen wir, daß der Oberbürgermeister ein französisches Darlehen von 40 Millionen Franken, das der Stadt Saarbrücken bis 13. Januar gewährt wurde, über den Fälligkeit- und Abstimmungsstag verlängert hat. (Ohne „Heil Hitler“, wie wir glauben.)

Das große Darlehen ist von der französischen Gailfe Kraternelle, einer Versicherungskasse, gewährt worden und lief am 13. Januar ab.

Mit der braunen Front sieht es also so aus: In der Realisation: Fernabschleitung, Antelearation von Paris und große Versprechungen. In der Praxis: Kein Geld und Anpumpen des „Erdfeindes“!

Sicherung der Abstimmungsfreiheit

Das Sekretariat des Untersuchungsausschusses über den Naziterror an der Saar bittet um die folgende Veröffentlichung:

Die Abstimmungskommission des Völkerbundes im Saargebiet veröffentlicht eine Erklärung über die Besprechungen, die sie anlässlich des Besuches der Marlen-Untersuchungskommission in Saarbrücken mit deren Mitgliedern gehabt hat. Die Untersuchungskommission hatte die Befürchtungen vorgetragen, die nach ihrer Feststellung in breiten Kreisen über die Geheimhaltung der Abstimmung vorhanden sind.

Die Abstimmungskommission bringt in ihrer Mitteilung zum Ausdruck, daß die Untersuchungskommission unterlassen habe, die Antwort der Abstimmungskommission auf die vorgetragenen Befürchtungen zu veröffentlichen.

Die Abstimmungskommission hat leider nicht mitgeteilt, daß die Untersuchungskommission in der Besprechung erklärt hat, daß ihr die von der Abstimmungskommission geplanten Maßnahmen nicht weitgehend genug erschienen, um die vorhandenen Befürchtungen restlos zu zerstreuen.

Die Untersuchungskommission hat ihren Bericht über ihre Untersuchungen beendet und wird ihn in den nächsten Tagen dem Völkerbundrat, der Regierungskommission und der Abstimmungskommission überreichen. In diesem Bericht sind auch Maßnahmen angeführt, welche die Untersuchungskommission zur Sicherung der Freiheit, Unabhängigkeit und Geheimhaltung der Wahl glaubt empfehlen zu müssen.

Bracke an Max Braun

Der französische Deputierte Professor Bracke, der vom nichtgleichgeschalteten Deutschen Klub in Paris eingeladen worden war, der Versammlung von Max Braun im Saale des Nationalklub zu präsidieren, der aber in letzter Minute wegen der Wahlkampagne daran verhindert wurde, richtete an die Teilnehmer der Versammlung folgenden Brief, der von dem Vorsitzenden der Konferenz Kurt Venz verteilt wurde und der unteren saarländischen Genossen, die Bracke aus seinen mehrfachen Reden an der Saar und seinem Eintreten für die Saarfrage in der französischen Kammer seitens bekannt ist, recht interessant sein wird:

„Der freundlichen Einladung, in der heutigen Versammlung den Vorschlag zu führen, bedanke ich sehr, nicht Folge leisten zu können. Gerne hätte ich den Freunden des Deutschen Klubs, die durch die gegenwärtigen Verhältnisse noch gesteigerten Gefühle der Sympathie und Solidarität bezeugt, die ich gegen sie hege und die Einigen unter Ihnen nicht unbekannt sind.“

Es tut mir vor allem leid, daß es mir nicht vergönnt ist, in der Persönlichkeit Eures Referenten die ganze Arbeiterschaft und im besonderen die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes zu begrüßen sowie mit dem tapferen Genossen Max Braun die uns beiden gemeinsamen Erinnerungen Hoffnungen auszutauschen.

Erinnerungen! Wahrscheinlich gerade jetzt, lieber Genosse Braun, schwebt Ihnen wie mir lebendiger denn je vor

Augen, das erfreuliche Bild jenes Festtages in Saarbrücken, als die Hände des Franzosen Bracke sich mit den Händen des Deutschen Hermann Müller und den Händen des Wiener Max Winter verflochten und herzlich unter den Zurufen der dicht besetzten Versammlung eine innige Kette bildeten. So war die einstimmige Freundschaft des internationalen Proletariats für die deutsche Republik damals symbolisch dargestellt, wovon das Saargebiet ein untrennbares Stück sein und bleiben wollte.

Nun hat sich so manches verändert! Müller ruht wenigstens im Vaterlande. Winter verfuhr, in Nordamerika für die Sache als Gesandter noch tätig zu sein für alle Welt hat sich erwiesen, daß ein Hitlerland kein Vaterland, kein Deutschland mehr ist! Und doch, Genossinnen und Genossen, lebt im Geiste und im Herzen etwas, das mehr als eine Hoffnung ist: Die Gewißheit, daß das arbeitende Volk des Saargebietes versteht, so zu handeln, daß es Hand in Hand mit dem Proletariat aller Länder für den Zweck der großen Befreiung zielbewußt seine Pflicht erfüllt!

In diesem Sinne begrüße ich den fröhlichen Morgen im voraus, wo seine — wie sagen unsere — rote Fahne frei im sozialistischen Reich deutscher Nation“ flattern wird!

Brüder, glückauf! Unser die Zukunft! Es lebe die Sozialdemokratie des Saargebietes, es lebe die sozialistische Arbeiterinternationale.

Bracke.“

Daß dieser Unterricht nach bewährten Methoden, wie man sie im Reich angewendet hat und heute noch anwendet, vor sich geht, wollen wir beweisen:

Die Hitlerjugend verfährt tagtäglich in Neunkirchen genau denselben Dienst, wie die älteren Jahrgänge der HJ, oder der SA, des Reichs. Lebhaftige Lage wird besonders von Anwohnern der Waldmühle, in den Waldwiesen und am Holzgebäude geführt. Kindern dort wohnender Antifaschisten ist es bald nicht mehr möglich, allein zur Schule zu gehen oder irgendwo in der Stadt einzukaufen. Sobald ein Kind die Straße verläßt, wird durch Radfahrer die Meldung weitergegeben. In Trupps von acht bis zehn Buben wird das Kind dann verfolgt, bedrängt, ja nicht selten tätlich angegriffen. Heute ist es schon so weit, daß die dort belägerten Kinder ebenfalls in größeren Trupps gehen müssen, um vor Anpöbelungen sicher zu sein. Kommt zufällig ein erwachsener Antifaschist hinzu, dann sind die Straßen im Augenblick von diesen Bengeln leer. Auch hier kann man beobachten, wie vorzüglich der Weidwiedeherr Lappst, daß so uglier

gehen? Nein! Aber unsere Polizei sieht das nicht. Wir geben der Polizei mal einen Fingerzeig: In den letzten vier Wochen ging zweimal die Meldung durch die Neunkircher Zeitungen, daß sich 10- bis 12-jährige Buben Naschen mit Karbid angefertigt hatten, die sie zur Explosion brachten. Einmal in der Nähe der Hiegelei, einmal in der Saarbrücker Straße. Unserer Polizei ist bekannt, wann und wo die HJ ihre Übungen abhält. Also bitte!

Ueber diese Zustände braucht man sich ja nicht zu wundern, wenn man neben der Ausbildung in der HJ, die Volksschulen in Neunkirchen betrachtet. Es sind ganz wenige Lehrkräfte da, die wirklich neutral sind. In den meisten Klassen wird direkt oder indirekt gegen die Kinder gelehrt, die nicht der Hitlerjugend oder dem BDM angehören.

Es darf nicht vorkommen, wie vorige Woche in einer Neunkircher Schule ein Lehrer geäußert hat, daß die heutigen Hitlergegner 1918 mit der Axt auf dem Buckel anrückten und gestohlen hätten. Gehört das in die Schule? Gewinnt man so das Vertrauen der Kinder?

Erneuerung der österreichischen Sozialdemokratie

Revolutionäre Beschlüsse einer Konferenz der Wiener Sozialisten

(D. D.) Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 22. September teilt mit, daß es gelungen ist, eine Tagung der Wiener Sozialisten abzuhalten. Nach den Februarkämpfen hatten sich in Wien eine ganze Anzahl von Gruppen gebildet, die die illegale Arbeit unverzüglich aufnahmen.

Von der bei weitem stärksten unter den neuen Gruppen, der der Revolutionären Sozialisten, einberufen, hat nun eine Wiener Konferenz stattgefunden, an der 70 Delegierte, von verschiedenen Gruppen in allen Bezirken Wiens gewählt, teilgenommen haben. Sie hat alle kampffähigen und kampfwilligen Kräfte zu der neuen Wiener sozialistischen Organisation zusammengeschlossen.

Die Wiener Sozialisten haben nun wieder eine einheitliche sozialistische Organisation. Sie wird mit den sozialistischen Organisationen der Bundesländer zusammen, in denen die Zersplitterung niemals so groß gewesen ist wie in Wien, die neue sozialistische Partei begründen, die das große Erbe der alten Partei antreten und erneuern wird. Die Konferenz hat eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die in Oesterreich in Form eines Flugblattes verbreitet werden. Wir geben daraus die folgenden wieder:

J. Ein Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen

Als im Februar die Kanonen des Faschismus die österreichische Arbeiterbewegung in Trümmer schoß, da war der Ruf, mit dem unsere Besten zum Galgen gingen: „Es lebe die Partei!“ — da war der Schwur mit dem die sozialistischen Kämpfer unterstanden in die Illegalität, in Kerker und Konzentrationslager: „Wir kommen wieder“.

Heute ist es so weit. Die Partei lebt. In revolutionärem Geist erneuert, ist die Partei wieder da.

Gleich in den Februartagen, als fast alle früheren Vertrauensmänner hinter Gittern saßen, ist ein Häuflein Unentwegter darangegangen, die verstreuten Genossen beizusammeln, die zerfallene Organisation wieder aufzubauen. Die ganze Nacht des herrlichen Faschismus stand den tapferen entgegen. Tausend Schwierigkeiten mußten überwunden werden, gewaltige Opfer haben die treuen Genossen gebracht: die illegale Arbeit hat ihre Märtyrer, ihre ungenannten Selben.

Aber es ist gelungen! Dem Faschismus zum Trotz haben wir in Oesterreich eine proletarische Bewegung wieder aufgebaut, wie es noch nie eine im Lande einer reaktionären Gewaltherrschaft gegeben hat. Sie ist die sichere Bürgschaft künftigen Sieges.

Nun ist ein weiterer Schritt auf diesem Wege geschehen; eine von allen Bezirken und zahlreichen Organisationen beschickte Konferenz der Revolutionären Sozialisten denen sich die aus der Sozialdemokratischen Partei hervorgegangenen Gruppen angeschlossen haben, hat beschlossen die wieder hergestellte Bewegung in der Wiener sozialistischen Organisation zusammenzufassen, die demnach mit den Organisationen der Bundesländer zur Vereinigten sozialistischen Partei Oesterreichs zusammenzufügen werden soll.

Damit ist alle Zersplitterung und Verwirrung der ersten Zeit überwunden. Die Vereinigte sozialistische Partei ist die alleinige Vertreterin der sozialistischen Arbeiterklasse. Außerhalb unserer Partei kann es keine Sozialisten geben.

Die neue Partei wird sich ein sozialistisches Programm geben, für welches die von der Wiener Konferenz beschlossene revolutionäre und zirkuläre Prinzipienklärung die Grundlage abgeben soll. Wir unterbreiten die Beschlüsse der Konferenz hiermit der gesamten Arbeiterklasse.

Auf Grund dieser Beschlüsse fordern wir alle auf, die ehemals der Sozialdemokratischen Partei angehört haben und in ihrem Denken und Wählen Sozialisten geblieben sind, als Kämpfer in die Vereinigte sozialistische Partei einzutreten. Jetzt gilt kein Bödern mehr, kein Abweichen! Jetzt gibt es keine Ausflucht, man werde wieder mittun, bis die Partei wieder aufgebaut sein wird. Sie ist es! Verschlagen und verboten, aus Trümmern und Resten sind wir trotz wiederemour gestiegen — und kämpfen weiter!

Unsere Partei ist die alleinige Erbin und Nachfolgerin der österreichischen Sozialdemokratie und zugleich eine neue, ursprüngliche revolutionäre Bewegung. Sie ist die alle Gruppen umfassende sozialistische Organisation, die die väterliche Einheit des österreichischen Proletariats auf ihre Fahne geschrieben hat.

Genossen! Keinen Hauf und kein Randern mehr! Einig und geschlossen gegen die Diktatur! Vorwärts zum Sturz der Diktatur!

Wer dem Faschismus seine Opfer entziehen, wer die Toten rächen und den Lebenden die Freiheit erkämpfen will — der komme zu uns!

Wer ein Genosse war und ist, wer mitmarschieren will im Geiste Viktor Adlers unter den Fahnen Wallischs und Weiskes — der komme zu uns!

Schert Euch um die Vereinigte sozialistische Partei! Wir haben der Welt gezeigt, daß keine Macht, kein Terror die österreichische Arbeiterklasse zu bezwingen vermag. Wir werden ihr zeigen, daß die österreichische Arbeiterklasse ihre ganze Kraft zu vereinen und vereint zu siegen vermag!

Die Wiener sozialistische Organisation.

2. Prinzipienklärung der Wiener Sozialistischen Organisation

Die Revolutionären Sozialisten Wiens vereinigen sich mit den sozialistischen Gruppen Wiens, die aus der österreichischen Sozialdemokratie hervorgegangen sind, zur Wiener sozialistischen Organisation. Die faschistische Diktatur hat die Sozialdemokratische Partei aufgelöst. Ihre Vertrauensmänner einanderfesselt, ihre Organisationen zerschlagen, das von der Arbeiterklasse mühsam aufgebrauchte Vermögen gestohlen. Am Einvernehmen mit den sozialistischen Gruppen der österreichischen Bundesländer wollen wir eine neue Partei aufbauen.

Ohne den Beschlüssen des gerundeten Parteitagess voranzutreten, schließt die Wiener Organisation der Sozialisten Oesterreichs die Einigung auf der Grundlage der folgenden Prinzipienklärung vor:

Unsere neue Partei ist die Nachfolgerin und Erbin der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs, die die österreichischen Arbeiter und Angestellten mit Klassenbewußtsein erfüllt und ein halbes Jahrhundertlang ihre Klassenkämpfe geführt hat. Sie bekennt sich mit Stolz zu den althergebrachten Kämpfen und den großen Kulturkämpfen des in der Sozialdemokratie geeinigten österreichischen Proletariats, insbesondere zu dem heldenhafteu Weistiel des Februarkampfes. Aber sie ist sich dessen bewußt, daß die durch den Sieg des Faschismus völlig veränderte Lage der Arbeiterklasse wesentliche Veränderungen in der Zielsetzung und den Methoden des Kampfes und im Aufbau der Partei erfordert.

Frei von den Fehlern und Illusionen der Vergangenheit wollen wir eine neue, geeinigete Bewegung aufbauen.

Wir erblicken nur im Klassenkampf das Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse. Sein Ziel ist die Eroberung der Macht durch das Proletariat um die sozialistische Gesellschaft aufzurichten. Alle demokratischen Rechte beruhen auf der Arbeiterklasse ihren Klassenkampf mit revolutionären Mitteln führen. Sie muß in unverrückbarem revolutionärem Kampf die faschistische Diktatur stürzen, die Staatsmacht erobern und die eroberte Staatsmacht mit den Mitteln einer revolutionären Diktatur festhalten.

Die Diktatur der Arbeiter und der Bauern wird den faschistischen Herrschaftsapparat zertrümmern und einen sozialistischen Staatsapparat aufzurichten. Sie wird den Widerstand der Ausbeuterklassen, der Kapitalisten, der Großgrundbesitzer und ihres Trostes von Pöbeln, Bürokraten und Generalen brechen, die Ausbeuterklassen durch die Verteilung des Herrenlandes auf landwirtschaftliche Arbeiter, Bauernhöfe und Kleinrentier durch die Sozialisierung der großen Unternehmungen in der Industrie, im Rohwollen, im Handel, im Verkehrswesen und im Bankwesen entmachten und damit die Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung schaffen.

Erst wenn die Diktatur diese ihre ausschließliche Funktion erfüllt hat, wird durch die Zertrümmern der wirtschaftlichen und politischen Macht des Kapitalismus die Verwirklichung der vollen Freiheit des einzelnen in einer sich selbst verwaltenden Gemeinschaft möglich. Ueber die revolutionäre Diktatur führt der Weg zur sozialistischen Demokratie.

Wir heben offen Normen des Faschismus in unerschütterlicher Treue auf: wir bekämpfen den Nationalsozialismus nicht minder als den Faschismus der Kanonen und Galandritten oder die monarchistische Reaktion. Wir kämpfen im vollen Bewußtsein, daß der Faschismus nur mit revolutionären Mitteln im Kampfe um die ganze Macht überwunden werden kann.

Für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse, für die Wiederherstellung des Positionen- und Streikrechts, für das Recht der Verkürzung, ihre Gewinnung zu bekämpfen, um diese Rechte zur Niederringung der faschistischen Diktatur auszunutzen.

Diesen Kampf führen wir im engeren Einvernehmen mit den freien Gewerkschaften. Die Arbeiterklasse im Sinne um ihre täglichen wirtschaftlichen und sozialen Interessen und dem damit untrennbar verknüpften Kampfe um die Wiedererlangung der Freiheitsrechte zu sammeln, zu stärken, mit revolutionärem Kampfwillen zu erfüllen und zur Wehrhaftigkeit zu erziehen die werkschaftlichen Massen der Arbeiterklasse, der geistigen Arbeiter, der Mittelschichten in dem Kampfe gegen Herrschaft Gewinnzwang und faschistischen Terror, gegen die Herrschaft des Großkapitals und des Großgrundbesitzes mitzureisen — das ist die wichtigste Aufgabe zur Vorbereitung der Revolution gegen den Faschismus und damit zur Befreiung des ganzen werktätigen Volkes vom Kapitalismus, von Ausbeutung und Arbeitslosigkeit.

In diesem Sinne erhebt unsere Partei die Vereinigung der gesamten österreichischen Arbeiterklasse. Wie sie alle sozialistischen Gruppen der Arbeiterklasse, einschließlich des Schutzbundes, in sich vereinigen will, so wünscht sie auch die Gemeinschaft der Aktion und des Kampfes mit denjenigen Teilen der Arbeiterklasse, die sich der Kommunistischen Partei Oesterreichs angeschlossen haben. Unser Ziel ist ein neues Heimfeld; wir rufen alle österreichischen Arbeiter zur Einheit in revolutionärem Kampf.

Unsere Partei ist mit den Proletariern aller Länder in unerschütterlicher Solidarität verbunden und in unerschütterlicher Treue international, die die überlegene Mehrheit des europäischen Proletariats repräsentiert, wie sie

für die Überwindung aller reformistischen Illusionen, für die unverrückliche Genossenschaft gegen realistische Unterwürigkeit eines imperialistischen Krieges, für die Anerkennung der marxistisch-revolutionären Ordnung der Sowjetunion und für ihre vorbehaltlose Verteidigung, für die Vereinigung des Weltproletariats zu einer einzigen, weltumspannenden Internationale!

Als Namen der neuen Partei schlagen wir dem Parteitag vor: Vereinigte sozialistische Partei Oesterreichs.

3. Die Stellung zu den Kommunisten

Die Sozialisten Wiens erheben die Vereinigung der gesamten Arbeiterklasse, also auch die Vereinigung der Sozialisten und der Kommunisten zu einer einzigen revolutionären sozialistischen Partei.

E'ne Erk'ärung des „Aus'and' ros“

(D. D.) Nach der Tagung der Konferenz der Wiener Sozialisten hat das „Auslandsbüro österreichischer Sozialdemokraten (AUSA), dessen Sitz in Brunn in der Tschekoslowakei ist, folgende Erklärung beschlossen, die die „Arbeiter-Zeitung“ vom 22. Sept. 1934 veröffentlicht:

„Die Wiener Konferenz hat beschlossen, der Wiener Parteiorganisation den Namen „Wiener sozialistische Organisation“ zu geben und als Namen der Partei dem konstituierenden Parteitag „Vereinigte sozialistische Partei Oesterreichs“ vorzuschlagen.

Die Wiener Konferenz sieht die neue Partei als „Nachfolgerin und Erbin der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs“ an und bekennt sich mit Stolz zu den Kämpfen und Kulturkämpfen der österreichischen Sozialdemokratie. Aber sie ist der Meinung, daß die durch die Veränderung der Kampfbedingungen des Proletariats notwendig gewordene Erneuerung der Partei auch in einem neuen Namen Ausdruck finden solle.

Das Auslandsbüro, dessen Aufgabe es ist, das politische, moralische und materielle Erbe der alten Partei zu wahren und zu verwalten, wird bis zur Entscheidung des Parteitages seinen Namen beibehalten.

Um aber die „Arbeiter-Zeitung“ aus den Diskussionen über den Namen der Partei zu rücken, wird sie bis zur Entscheidung des Parteitages im Sinne der Auffassungen und Wünsche der Wiener Konferenz von nun an mit dem Untertitel „Organ der österreichischen Sozialisten“ erscheinen.“

Brutalität der Regierung Schuschnigg

Dieser Tage sollte ein Transport von 30 Kindern leidender Februarkämpfer in die Schweiz gehen. Die Unter-

Diese Vereinigung löst heute noch auf Hindernisse, die hauptsächlich in der Verschiedenheit der internationalen Beziehungen und in der Stellung zu taktischen Fragen des Tageskampfes bestehen.

Die Vereinigung der Sozialisten und der Kommunisten kann aber nicht durch Mandat herbeigeführt werden, durch die eine proletarische Partei der anderen ihre Mitglieder zu entreißen ihre Organisationen zu Disziplinbrüchen zu verleiten, die Führung des gesamten Proletariats an sich zu reißen versucht.

Die Einladung von einzelnen Sozialisten oder einzelnen Gruppen zu einem kommunistischen Parteitag ist nur ein Mandat, das solchen Zwecken dient.

Die Vereinigung muß vielmehr dadurch vorbereitet werden, daß die beiden Parteien unter vorläufiger Wahrung ihrer organisatorischen Selbständigkeit den Kampf gegen den Kapitalismus und gegen den Faschismus gemeinsam durchgeführten Aktionen Vertrauen zueinander gewinnen, daß bei voller Freiheit beider Parteien, ihre Auffassungen zu vertreten, alle Angriffe gegeneinander eingeschränkt werden. Erst wenn auf diese Weise die politischen und psychologischen Voraussetzungen für eine Verständigung hergestellt sein werden, können sich die beiden Parteien über die theoretischen und organisatorischen Probleme miteinander verständigen und dadurch die Voraussetzungen ihrer Verschmelzung zu einer Partei schaffen.

Nicht dadurch, daß eine Partei der anderen in heimlichem Parteigenossenschaft die Mitglieder abspenstig zu machen sucht, sondern nur durch tatsächliche Gemeinschaft des Kampfes, die schließlich zu Verhandlungen und zur Verständigung der beiderseitigen Vertreter der beiden Parteien führt, ist die Einigung zu erreichen.

Aus dieser Erwägung beschließt die Konferenz:

1. Die Teilnahme von einzelnen Sozialisten oder Gruppen an kommunistischen Parteitagen oder Konferenzen wird abgelehnt. Eine Delegation kann nur von der Parteileitung beschickt werden.

2. Die Parteileitung wird beauftragt, ebenso wie bisher auch weiterhin dahin zu wirken, daß die Partei ihren Kampf gegen die faschistische Diktatur in ständigem Einvernehmen mit den Kommunisten führe, daß gemeinsame Aktionen mit den Kommunisten durchgeführt werden, daß jede beleidigende Polemik zwischen den beiden Parteien und jeder Versuch einer der beiden Parteien, das organisatorische Gefüge der anderen zu stören, vermieden werden und daß auf diese Weise Verhandlungen von Partei zu Partei über deren engere Zusammenarbeit ermöglicht und vorbereitet werden.

4. An die Genossen im Schutzbund

Die Konferenz der Wiener sozialistischen Organisation anerkennt die Bedeutung des Schutzbundes als der proletarischen Wehrorganisation für die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution zum Sturz des Faschismus und für die Festhaltung der eroberten Macht durch eine proletarische Diktatur. Sie erklärt sich daher für die weitestgehende Unterstützung des geeinigten Schutzbundes.

Unsere Partei ist sich aber bewußt, daß der bewaffnete Aufstand gegen die faschistische Diktatur nur erfolgreich sein kann, wenn das Vorgehen der Wehrorganisation unterstützt wird durch den Kampfwillen der werktätigen Massen. Daher kann die Aufgabe des Schutzbundes nur erfüllt werden in engerem Einvernehmen mit den Massen der Gesamtarbeiterschaft.

Wir wenden uns gegen jeden Versuch, durch die Provokation einer „Schutzbundpartei“ oder durch den einseitigen Mißbrauch der Wehrorganisation für die Zwecke einer Partei Verwirrung und die Gefahr neuer Spaltung in die Arbeiterklasse zu tragen.

Die Konferenz fordert alle Genossen im Schutzbund auf, sich auf der Grundlage ihrer Beschlüsse in der Vereinigten sozialistischen Partei Oesterreichs zu sammeln. Für die Wehrorganisation der Arbeiterklasse ist die politische Beteiligung der Schutzbundgenossen in der Partei ebenso notwendig wie die Erfüllung der militärischen Aufgaben.

Kämpft mit uns unter den roten Fahnen, unter denen Wallisch, Weiskes, Müntzreiter gekämpft haben!

Kommt zu uns in die Reihen, in denen Geßl mitmarschiert ist!

Für die Erziehung der Arbeitermassen zur Wehrorganisation!

Für die politische Mitarbeit aller Schutzbundler in der Vereinigten sozialistischen Partei!

Erinnung der Kinder in Schweizer Familien war für 8 Monate gestrichelt. Am letzten Augenblick vor der Abreise hat die Regierung Schuschnigg den Kindertransport verboten.

Schuschnigg's Braunsch

Wien, 4. Okt. In Wien ist das erste Braunsch erschienen, das den Titel trägt: „Beiträge zur Geschichte des Aufstandes“. Es befaßt sich damit, inwieweit Deutschland an dem Aufstand beteiligt ist. Dieses Buch bringt bisher nur teilweise bekannte Schriftsätze, daß der Aufstand von deutscher Seite vorbereitet und von deutscher Seite her geleitet wurde.

Das Schicksal Rintels

Wien, 8. Okt. (Ansch). Trotz der schweren Kompromittierung Dr. Rintels durch den Rastwitsch vom 23. Juli desselben der frühere österreichische Gesandte in Rom formell heute immer noch seinen Posten. Auch sein Gehalt als Gesandter wird nach wie vor dem Regierungskandidaten der Volkshörder regelmäßig ausgezahlt. Erst in den letzten Tagen ist in Wien das Projekt aufgetaucht, Major Ren zum Nachfolger Rintels für den Gesandtschaftsposten in Rom zu ernennen.

Rintels selbst ist immer noch lebend. Nach der neuesten offiziellen Version soll er sein Gedächtnis eingebüßt haben, was bestimmten hochgestellten Persönlichkeiten der österreichischen Politik sicher sehr zuhatten köme. Merkwürdigerweise wurde bisher kein Wiener Psychiater, sondern nur ein Neurolog aus der Provinz zu ihm gelassen, obwohl die Wiener psychiatrische Schule sich mit Recht des höchsten Ansehens in der ganzen Welt erfreut.

Des Geistes Vollender

Ein Professor schreibt: Hitler, am gottähnlichsten...

Sinn der deutschen Geschichte war es, Hitler hervorzu- bringen, Sinn und Zweck des deutschen Geisteslebens, in Hitler zu gipfeln. Zu dieser Ueberzeugung muß man kommen, wenn man die Tätigkeit der besten deutschen Verleger an Hand ihrer Waschzettel, Prospekte und der Vorreden ihrer Herausgeber verfolgt — usurpiert doch gleich der eine Verlag Alfred Kröner in Leipzig, dessen klassische „Taschenausgaben“ einen solchen Sündenfall am wenigsten verdient hätten, ein gutes Duzend Denker für die Vorgeschichte des „dritten Reiches“.

Da lesen wir gelegentlich einer Auswahl aus Leibnizens Hauptwerken, sie dürfe, „bei der Selbstentdeckung des deutschen Geistes, in der wir stehen, größter Beachtung gewiß sein. Die großen Gedanken seiner Hauptwerke, die uns heute aufs höchste bewegen, sind noch nicht halb ausgeschöpft.“ Der Herausgeber Professor Dietrich Mahnke aber exzerpiert Leibniz so, daß uns Hitler förmlich als späte Erfüllung der kühnsten Wunschträume des Philosophen erscheinen muß. Man höre:

„Das theoretische Erkennen und Glauben vollenden sich erst im „practice denken, das ist tun, als wärs wahr wäre“, und im „practice wollen, das ist alles tun, was in unseren Kräften ist, um wahr und wirklich zu machen“, was wir als das Beste erkennen und glauben. Die gottähnlichsten Menschen sind also nicht die großen Philosophen und nicht die frommen Priester, sondern die weltwirksamen „Politiker (oder) Leiter der öffentlichen Angelegenheiten, als welche sie sich bemühen, nicht allein den Glanz göttlicher Herrlichkeit in der Natur zu finden, sondern auch durch Imitation nachzuahmen“. Solche politische Menschheitsführer, „welchen Gott zugleich Verstand und Macht in hohem Grade gegeben, sind die Helden, so Gott zu Ausführung seines Willens als prinzipiale Instrumente geschaffent“, sie sind es, die das wahre Wesen des Weltchöpfers am vollkommensten, sozusagen als seine irdischen Statthalter, repräsentieren.“

Wer sieht bei diesen Worten nicht den Herrn Professor Mahnke, wie er dem großen Adolf mit idealistisch-geistiger Zunge die Stiefel leckt? Aber er begnügt sich belleibe nicht, bloß den einen Leibniz in Hitlertribut zu nehmen, sondern fährt nach einem kräftigen philosophisch-metaphysischen Atemholen folgendermaßen fort: „Die gleiche doppelseitige Synthese“, derselbe „tiefe, echt deutsche Tatglaube, in dem die theoretisch idealisierende Weltanschauung mit der praktisch realisierenden Kulturpolitik“ zusammenklagen und „die zu allen Zeiten für das wahrhaft deutsche Leben bestimmend gewesen“ sind, äußern sich „in Meister Eckharts aktiver Mystik mit ihrem „Ausbrechen der Gottinnigkeit in die Wirksamkeit“ wie in Kants Höchstwertung der „praktischen Vernunft“ oder in Fichtes Idealismus der Tat“, und sie werden „dichterisch am schönsten von Goethe in der Gestalt Fausts verkörpert“. Ja, offenbar sah Goethe, als er seine berühmte Verse

Auf neuer Bahn den Aether zu durchdringen,
zu neuen Sphären reiner Tätigkeit dichtete, genial vor-
ausschauenden Auges bereits den herrlichen Mann aus Braun-
au vor sich, der sich erst unlängst in Hamburg fünfzehn
Jahre unermüdlicher „Tätigkeit“ selber attestiert hat.

Wiedergeboren — auf der Bauchbinde

Um die von Mahnke bloß im groben Umriss angedeutete Zeugenschaft des deutschen Geistes für Hitler ganz anschaulich werden zu lassen, bringen wir gleich zwei Verlage, der Inselverlag zu Leipzig und der schon vor dem „großen Aufbruch“ gleichgeschaltete Eugen Diederichs in Jena, „ungekürzte Volksausgaben“ der „Schriften“ Meister Eckharts heraus und Diederichs schämt sich nicht, auf der Bauchbinde der seinen zu bemerken:

„In Meister Eckhart tritt zuerst und bewußt der neue, der wiedergeborene germanische Mensch in Erscheinung. Heute scheint es wie ein Dämmern durch das deutsche Volk zu gehen, das anzeigt, als sei es reif geworden für den Apostel der Deutschen, den heiligen und seligen Meister“. Die Uebertragung Hermann Büttners gehört als erste Schrift in jedes deutsche Haus. Alfred Rosenberg im „Mythus des zwanzigsten Jahrhunderts.“

Doch seien zur Richtigstellung des Bildes und zur Ehre Meister Eckharts, dieses echten, Gewalt und Ueberhebung verabscheuenden Christen, folgende schöne Kernsätze seiner Lehre angeführt: „Gott ist ebenso wahrhaftig die Liebe, als er die Wahrheit ist; und ebenso als er die Güte ist, ist Gott wahrhaftig die Liebe. Liebe kann überhaupt nirgends bestehen, als wo Gleichheit und Einheit ist. Zwischen dem Knecht und dem Herrn ist die Liebe niemals gleich, und alle ungleichen Dinge fliehen sich und hassen sich untereinander.“ Oder: „Wir können wohl irdisches Gut geben; aber die Ehre, die wir einem Menschen nehmen, vermögen wir nicht wiederzuerstatten, sie wird uns allzu schwer. Darum muß Du, lieber Mensch, auf deine Worte sehen.“ Und schließlich: „Das Edelste, was im Menschen ist, ist das Blut, wenn es zum Guten treibt; aber das Aergste, was im Menschen ist, ist das Blut, wenn es zum Bösen will.“

Rangordnung von Führer und Geführten

Von dem unheiligen und jedenfalls höchst Eckhart-fernen Geist getrieben, die besten Deutschen für Adolf Hitlers Größe zeugen zu lassen, kündigt der Krönersche Verlag als nächste Bände der „Taschenausgabe“ E. M. Arnolds „Volk und Staat“, Heinrich von Treitschkes „Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert“, eine „Deutsche Geschichte seit Bismarck“ an, und wie die aussehen, bzw. eingeleitet sein werden, läßt die folgende Verlagsnotiz zu Platons „Staat“ ahnen:

„Die geforderte Vereinigung von Geist und Macht in der gleichen Hand, die entworfene Rangordnung von Führern und Geführten und der Erziehungsplan für den neuen Adel, die neue Führerschicht

verleihen dem Buche über seine zeitlose Geltung hinaus höchsten Gegenwartswert.“

Wenn es Platon recht sein muß, mit der „Vereinigung von Geist und Macht“ Hitler, Göring und Goebbels, mit dem „Erziehungsplan für den neuen Adel“ die Dolchmesser und Handgranaten-Geländespiele der Hitlerjugend gemeint zu haben, so ist es für Paul de Lagarde nur mehr als billig, daß der Band 110 der Sammlung sein „Bild unter dem Gesichtspunkt“ zeigen soll, „unter dem wir heute den zu neuem Leben erweckten Kämpfer echten Deutschtums sehen. Als Buch einer Gesinnung, die das Wohl des Ganzen über den privaten Vorteil stellt, zählt es zu den führenden Schriften des neuen Deutschland.“

Phänomen Kant im Lichte Schmidts

Der nationalsozialistische Heißsporn Lagarde mag es nicht besser verdienen, obwohl er das „Wohl des Ganzen“ und den „privaten Vorteil“ weit sinnfälliger und vor allem sauberer zu scheiden wußte als die Gemeindeführerpropheten von heute. Aber wie kommt Immanuel Kant dazu, daß eine Auswahl aus den „Drei Kritiken“ durch Prof. Dr. Raymond Schmidt in die Säge ausklingt:

„Wo aber ist die philosophische Persönlichkeit, die aus einer Gesamtschau des Phänomens Kant die Menschheit in Bewegung setzt? Die die Menschen zu innerer Freiheit erzieht durch Erziehung zur Einsicht in das Wesen der Pflicht? Die den Menschen den Glauben wiedergibt an eine politische und gesellschaftliche Zukunft, „wie sie sein sollte“?“

Wo? Natürlich in der Reichskanzlei zu Berlin, beziehungsweise auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden, denn Schmidt fährt prompt fort:

„Wenigstens glauben wir, daß der Grundsatz, zu dem das neue Deutschland sich bekennt — „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ — daß der Geist der Pflichterfüllung und der opfervollen Hingabe, den der Führer unseres Volkes von uns fordert, aus denselben moralischen Instinkten stammen, die Kant einst veranlaßten, den „kategorischen Imperativ der Pflicht“ zu formulieren und das Wissen zu zerstören, um für den Glauben und für das rechte Handeln Platz zu machen.“

So reichen einander (man verzeihe das schiefe Bild der schiefen Sache zuliebe) Leibniz und Kant, Prof. Mahnke und Prof. Schmidt unter den Fittichen des Kröner-Verlages geführt die Hand, um dem Reichsführer und Reichskanzler den gebührenden Platz in der deutschen Geistesgeschichte anzuweisen. Aber wie werden die Herren Professoren und Verleger ihr horizontales Gewerbe — „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ — umstellen, bis einmal das neue Tausendjährige Reich erledigt und die Hitlerkonjunktur in der Philosophie und auf dem Büchermarkt vorbei sein wird?

Richtig blau

Aus dem Briefkasten der „Dresdner Nachrichten“

** Nichte Anni (30. Pfg.) „Sicher hast Du auch Hitler gesehen! Ich war auch so glücklich! Nach den Bildern nahm ich an, daß des Führers Haarfarbe schwarz ist. Nun habe ich zu meinem Erstaunen gesehen, daß dies nicht zutrifft. Des Führers Haar erschien mir als ein wunderschönes, helles Kastanienbraun. Kannst Du mir dies bestätigen? Man sagt, ich hätte mich geirrt.“ — Du hast Dich nicht geirrt. Uebrigens: dem Onkel ist genau so gegangen wie Dir. Nach allen (auch gemalten) Bildern des Führers hatte er sich die Haarfarbe viel dunkler vorgestellt als sie in Wirklichkeit ist. Die meisten Maler haben den Führer offenbar nie gesehen. Das Haar ist nicht einmal „kastanienbraun“, dazu fehlt ihm das „Rötliche“. Es ist vielmehr „erdfarben“, so wie etwa ins graue spielende Erde, wenn sie trocken wird. Ähnlich ist mit dem Auge; das malen die Maler auch viel zu dunkel, die meisten fast schwarz. Die Augen des Führers sind richtig blau, zwar nicht das norddeutsche Wasserblau, sondern blau mit starker Beimischung von grau. Vielleicht ist es aber die Festigkeit und Größe seines Blickes, was den meisten, die sein Auge nur auf Augenblicke sehen, diese Augen als sehr dunkel erscheinen läßt.“

Die neudeutsche Blüte

Wissenschaft der Rassewarte

In Hannover tagte die Jahresversammlung der Deutschen Naturforscher und Aerzte. Auf welches Niveau diese vormals würdigste Veranstaltung der deutschen Wissenschaft herabgesunken ist, mögen einige Zitate aus den dort verklangenen Referaten beweisen. Prof. Schmeidler über Ziele und Methoden der theoretischen Mathematik: „Unberücksichtigung der mathematischen Forschung ist notwendig, aber oberstes Ziel bleibe dabei immer das Wohl des Staates und des deutschen Volkes!“ Prof. Rüdiger über „Erbbiologisches Denken: „Es müssen der Jugend wieder Frühbeibringung ermöglicht werden unter Befolgung der Regeln rassenhygienischer und völkischer Zuchtwahl. Eine erhöhte Kinderzahl wird nicht ausbleiben, wenn grundsätzlich nur kinderliebende Frauen geheiratet werden.“ Prof. Sieger, Göttingen, über die Ausbildung der Juristen: „Aufrechterhaltung der Schulung zu klarem Denken, aber nicht in Voraussetzungslosigkeit, sondern immer in Zusammenhang mit den Belangen des völkischen Lebens.“

Boykottdrohung gegen Oesterreicher

Aus Berlin meldet die „Politische Korrespondenz“: Der „Angriff“ greift das „Berliner Tageblatt“ heftig an, weil dieses einen Artikel brachte, der sich mit dem modernen österreichischen Schrifttum befaßt. Der Angriff tritt dafür ein, über jene österreichische Schriftsteller, die für die österreichische Idee arbeiten, in Deutschland den Boykott zu verhängen.

Autarkitzliches

Mein Führer, dürfte frei ich kiesen,
Ich kieste für die Autarkie.
Wir brauchen dann nicht mehr Devisen,
Nur Wiesen für das heim'sche Vieh.

Wie ist der Zustand doch ersprißlich,
Trägt man statt Wolle Cellophon,
Und kleidet sich — ganz autarkieslich —
In Stoffe aus der Birke Spahn.

Statt Kaffee, Tee sowie Kakao
Schlürft jeder seinen Morgentrank,
Und ist von diesem Mordsgebrao
Falls Mittags nicht, dann Abends krank.

Und schmaucht der Bürger Heldenknaster
Aus Eichenleib und Buchenrind,
Wer weiß, ob dann das Tabaklaster
Noch irgend welchen Anfang findt.

Ernährt, gekleidet bodenständig,
Ist uns das ganze Ausland wurzcht.
Wir löschen absolut inwendig
Den Körper wie den Wissensdurscht.

Die mögen, was sie wollen, schreiben,
Wir kehren einfach uns nicht drum.
Wir lesen treu „Mein Kampf“ und blo
Für alle Zeit autarkisch dum.

Wir finden an uns selbst Genügen,
Sind uns Ersatz für Welt und All;
Denn Autarkie ist das Vergnügen
Am selbstgeförderten Verfall!

Mucki.

Henri Marteau

Henri Marteau, der große französische Geiger ist gestorben. Ein Geiger, dem es um mehr als Virtuosenkunststücke zu tun ist, muß sich mit der deutschen Musik befreunden. Denn wie arm wäre er ohne die Konzerte von Beethoven, Mendelssohn, Brahms, Bach und Mozart! Der Franzose Marteau setzte sich nun ganz besonders gründlich mit den deutschen Meistern auseinander. Seine besondere Liebe galt Mozart. Aber nicht nur, daß sich Marteau deutscher Kunst sehr verbunden fühlte — er lebte auch lange in Deutschland und wirkte dort bedeutsam als Lehrer. 1908 ging er als Nachfolger Joachim's an die Berliner Akademie der Tonkunst und blieb bis ins erste Kriegsjahr in dieser Stellung. Auf besondere Fürsprache Kaiser Wilhelms wurde er, obgleich er Franzose war, bei Kriegsausbruch nicht interniert. 1915 verließ der Künstler jedoch freiwillig Berlin, übersiedelte nach Schweden, ließ sich dort naturalisieren und wurde Kapellmeister in Göteborg. Nach dem Krieg unterrichtete er einige Jahre an der Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag und war auch Rektor dieser Anstalt. Später lehrte er, wieder in Deutschland, in Leipzig und Dresden. So sehr Marteau als Virtuose und Lehrer beschäftigt war, fand er noch die Zeit, zahlreiche Stücke der Musikliteratur zu bearbeiten und eine stattliche Zahl eigener Werke zu schreiben, darunter eine Oper, eine Symphonie, Kammermusik, viele Lieder und mehrere Chorwerke. Die Bedeutung des Komponisten Marteau stand freilich wesentlich zurück hinter der Bedeutung des Geigers Marteau, der immer genannt werden wird, wenn von den großen Violinvirtuosen unserer Zeit die Rede ist.

Weltanschaulich in Lagern

„Neue Wege ärztlichen Denkens“

In der Münchner Universität wird zur Zeit eine „Akademie für Aerztliche Fortbildung“ nach neudeutschen Gesichtspunkten abgehalten. Ueber die Ziele dieser Schulungskurse erklärte bei der Eröffnungsfeier der Staatskommissar für das Gesundheitswesen in Bayern, Ministerialdirektor Dr. Schultze: „... Die Sozialversicherung wurde (vor der Machtergreifung Hitlers) umgefächert zu einem Instrument des Klassenkampfes; im Gefolge davon wurde die ärztliche Kunst herabgewürdigt zur Massenarbeit...“ Also nicht Massenarbeit, sondern „systematische Schulung, weltanschaulich in Lagern, wissenschaftlich in Fortbildungskursen, soll die bereits praktizierenden Aerzte hinführen zu der neuen biologisch und rassistisch orientierten Denkweise des uns als Ziel vorschwebenden neuen Aerztetyps...“

Die Theatertagung in Rom

Im Schoße der Volta-Stiftung veranstaltet die Königliche Akademie Italiens vom 8. bis 14. Oktober in Rom eine internationale Tagung, die dem Drama und dem Theater gewidmet ist. Zum Vorsitzenden des Komitees wurde Luigi Pirandello ernannt, ferner gehören dem Komitee u. a. Ugo Ojetti, Romagnoli und Marinetti an. Einige der bekanntesten Dramatiker, Dramaturgen und Regisseure haben ihr Erscheinen zugesagt! Gerhart Hauptmann, Claudel, Girardoux, Antoine, Maeterlinck, Yeats werden zu den gestellten Hauptthemen in Vorträgen Stellung nehmen. Zur freien Diskussion stehen die aktuellen Fragen des Schauspiels im Verhältnis zur Oper, zum Massentheater und zur modernen Bühnentechnik, zum Film und Radio. Während der Tagung wird eine Festaufführung von Gabriele d'Annunzio's Schauspiel „La Filia die Jorio“ unter der Leitung von Pirandello stattfinden.

Sündenfall

Hat er braune Garantien gegeben?

Professor Dovifat, dessen Abberufung jüngst gemeldet wurde, hat seine Tätigkeit am Deutschen Institut für Zeitungskunde wieder aufgenommen. In der Zeit vom 21. Oktober bis 1. November veranstaltet das Institut einen zeitungspraktischen Fortbildungskursus, der von Professor Dovifat geleitet wird.

So war es in Versailles... Von Victor Schiff

Die deutschen Gegenanschläge

Gerade in diesem Punkt ist Brockdorff-Rangau gegenüber Seeckt fest geblieben, weil er einmal allem Militaristischen abhold war und weil er zweitens die Notwendigkeit dieses Versuches klar erkannte, das Mißtrauen der Gegner durch eine weithin sichtbare Tat ad absurdum zu führen.

Richtig ist — das sei schon jetzt bemerkt —, daß dieser Versuch mißlang. Die Antwort Clemenceaus vom 16. Juni begnügte sich mit der kaltschnäuzigen Registrierung der deutschen Bereitwilligkeit. Auf das Angebot bezüglich der Schlachtschiffe ging sie überhaupt nicht ein — offenbar, weil es den Siegern die Sprache verschlagen hatte und weil jede Antwort darauf nur ihre Verlegenheit gegenüber diesem klaren Beweis der friedlichen Gesinnung des deutschen Volkes enthüllt haben würde.

Dieser Teil der deutschen Vorschläge ist übrigens damals in der deutschen Öffentlichkeit kaum angegriffen worden. Für die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes war die Heeresfrage von sehr nebensächlicher Bedeutung im Vergleich zu den schmerzlichen Gebietsabtretungen und drückenden Finanzlasten, die es vor allem anderen abzuwenden galt.

Hundert Milliarden Goldmark

Um so mehr wurde das finanzielle Angebot kritisiert, das die deutschen Sachverständigen gemeint hatten, verantworten zu können: Die vorgeschlagene Entschädigungssumme von 100 Milliarden Goldmark wurde als wahnsinnig hoch und unerfüllbar bezeichnet. Da unter den deutschen Sachverständigen auch jüdische Bankiers wie Melchior, Warburg und Wassermann waren, benutzten die rechtsradikalen Kreise dieses Angebot zu einer antisemitischen Hege. Die Juden wollten das deutsche Volk an das Ententekapital verkaufen. An der Hamburger Börse, wo Melchior und Warburg eine führende Rolle spielten, kam es zu antisemitischen Kundgebungen. Daß auch durchaus „arische“ und sogar rechtsgerichtete Finanziere wie Urbig und von Stauff diesen Vorschlag mitverantwortet hatten, störte diese Kreise natürlich nicht. Überhaupt konnte man in den Wochen von Versailles die ersten stärkeren Symptome einer Wiedergeburt der antisemitischen Bewegung in Deutschland beobachten. Die 100 Milliarden waren nur ein bequemer äußerer Anlaß dazu.

Wie verhielt es sich in Wirklichkeit mit diesem Angebot? Sein Grundgedanke war, deutsches Land dem Reiche zu erhalten durch ein ungeheures finanzielles Opfer, das den Siegern in die Augen springen würde: 100 Milliarden Gold, — mußte diese Summe nicht eine gewisse faszinierende Wirkung ausüben? Die hauptsächlichste Voraussetzung war freilich klar betont: daß Deutschland keine weiteren Gebietsverluste erleide als Elsaß-Lothringen, den größten Teil der Provinz Posen und die nördliche Abstammungszone von Schleswig. Dagegen sollten Westpreußen und Danzig sowie Oberschlesien, Memel, Eupen und Malmedy bei Deutschland verbleiben, auch hätte Deutschland seine früheren Kolonien im Auftrage des Völkerbundes weiter verwalten dürfen.

Das Privateigentum

Auch wirtschaftliche, namentlich handelspolitische Voraussetzungen waren an das Angebot geknüpft: z. B. die Rückgabe des während des Krieges im Auslande beschlagnahmten Privateigentums, die sofortige Handelsgleichheit mit den Vertragspartnern, die Beibehaltung einer eigenen Handelsflotte usw. Was die erste Schuldverschreibung in Höhe von 20 Milliarden betrifft, so wäre sie durch die nach dem Waffenstillstand erfolgten Zwangslieferungen in Kriegsmaterial — selbst wenn man nur dessen Schrottwert berücksichtigt —, an Eisenbahnmateriale, an landwirtschaftlichen Maschinen usw., die gutgeschrieben werden sollten, nicht unerheblich reduziert werden. Ebenso hätte die Anrechnung eines prozentualen Anteils der abzutretenden Gebiete an den deutschen Staatsschulden sowie der Wert der dortigen Eisenbahnen und Staatsgüter, und schließlich die Anrechnung der noch zu erfolgenden Sachleistungen in Kohle, Benzol usw. die erste Rate weiter vermindert. Wieviel sie letzten Endes am Fälligkeitstermin vom 1. Mai 1926 betragen hätte, läßt sich schwer sagen, aber es wären jedenfalls noch viele, viele Milliarden gewesen, die Deutschland in diesen ersten fünf Jahren bezahlt haben würde. Dann würde Deutschland zehn Jahre lang je eine Milliarde aufgebracht haben und vom Jahre 1937 an weitere Annuitäten, die die deutsche Delegation selbst auf beinahe die Summe des letzten Friedensangebots schätzte, das sind mehr als zwei Milliarden Gold.

Ablehnung der Studienkommission

Heute gibt es viele Franzosen und Engländer, die behaupten, daß man auf dieses Angebot damals nicht bereitwillig eingegangen sei. Als typisch für diese Stimmung mag der Kommentar angesehen werden, mit dem im September 1928 ein bekanntes Pariser Blatt das Bild des verstorbenen Grafen Brockdorff-Rangau versah: „Der Mann, der uns in Versailles 100 Milliarden Goldmark anbot, die wir leider ablehnten.“

Auch wenn man alle Voraussetzungen und Einschränkungen berücksichtigt, an die dieser deutsche Vorschlag geknüpft war, so bleibt in der Tat bestehen, daß Deutschland damals zu einer ungeheuren finanziellen und wirtschaftlichen Kräfteanstrengung im Interesse der Wiedergutmachung des angerichteten Schadens bereit war, falls man auf seine sonstigen territorialen Vorschläge eingegangen wäre.

Von den übrigen deutschen Gegenanschlägen sei nur noch die Anregung einer unparteiischen Kommission zur Prüfung der Kriegsschuldfrage hervorgehoben. Bei der damaligen Stimmung in den Siegerstaaten war dieser Vorschlag natürlich aussichtslos. Dennoch mußte er gemacht werden, um die

Gegenseite bei der erwarteten Ablehnung moralisch ins Unrecht zu setzen. Die Kriegsschuldfrage beschäftigte in den ersten Jahren nach dem Kriege die Gemüter hüben und drüben weit mehr, als es heute der Fall ist. Das war psychologisch begründet. Vor allem aber war im Friedensvertrag die Wiedergutmachungspflicht Deutschlands aus dessen ausschließlicher Verantwortung am Kriegsausbruch hergeleitet. Nicht im Interesse einer Ehrenrettung des kaiserlichen Deutschland, sondern im Interesse der historischen Wahrheit und vor allem, um den finanziellen Lasten ihre scheinheilige Begründung zu nehmen, war Deutschland genötigt, dem Artikel 231 mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Natürlich wurde der Vorschlag der Einsetzung einer unparteiischen Studienkommission von der Gegenseite rundweg abgelehnt, oder vielmehr in ihrer Antwort nicht einmal erwähnt. Vielmehr wiederholte Clemenceau in seiner Mantelnote vom 16. Juni die Anklagen der Entente in verschärfter Tonart, allerdings auch nur in ganz allgemeinen Redensarten ohne jeden historisch-wissenschaftlichen Wert.

Die Kolonien

Unmittelbar vor der Uebergabe der Gegenanschläge waren die meisten Sachverständigen abgereist. Vor ihrer Abfahrt hatte Brockdorff-Rangau an sie eine Ansprache gerichtet, um ihnen für ihre Mitarbeit zu danken und die Hoffnung auszusprechen, daß er nochmals an sie würde appellieren müssen, falls sich nämlich die Gegner doch noch entschließen sollten, den Weg der mündlichen Verhandlungen zu beschreiten.

Diese Hoffnung war zwar nur noch sehr gering, aber das deutsche Angebot erschien uns so weitgehend und so fair, daß wir allgemein dachten, es würde wenigstens auf einen Teil der Alliierten einen starken Eindruck machen. Noch immer rechnete man vor allem auf Lloyd George, von dem man wußte, daß er selber mündliche Verhandlungen wünschte. Indessen hatte man, wie mir scheint, einen Fehler gemacht, durch den man sich die Hilfe des britischen Premierministers verscherzte: Man hatte sich nicht dazu entschließen können, die Kolonien preiszugeben und lediglich die Anrechnung ihres Wertes auf die deutsche Reparationssumme vorgeschlagen. Die Kolonialfrage war aber gerade der schwache Punkt der britischen Position gegenüber den übrigen Alliierten. England hatte sich den Löwenanteil an der Kolonialbeute gesichert, allerdings erst nach einem heftigen Kampf mit den Franzosen, Italienern und Japanern. Kam es zu mündlichen Verhandlungen mit den Deutschen, dann mußte Lloyd George befürchten, daß auch die Kolonialfrage abermals aufgeworfen werden könnte. Mit dieser Drohung hielten die Franzosen die Briten bei der Stange. Zugegeben, es war für die Deutschen psychologisch sehr schwer, sich in dieser Frage kampflös zu fügen und die

maßlose Heuchelei der „Abtretung an den Völkerbund“ stillschweigend zu erdulden. Aber rein realpolitisch betrachtet, wäre es vielleicht doch zweckmäßiger gewesen, denn nur so konnte man einen festen Keil zwischen Lloyd George und Clemenceau treiben.

Was es sechs Jahre später gewesen wäre

Man mag heute nachträglich noch diese oder jene Einzelheit an den deutschen Gegenanschlägen kritisieren. Solche Kritik ist leicht und billig. Damals war es jedenfalls sehr schwer, die richtige Grenze zu ziehen: Wie weit mußten wir gehen, damit unser Angebot ernst genommen und diskutiert werde, wie weit durften wir gehen, ohne uns Blößen zu geben und ohne dem Feind das Spiel allzu leicht zu machen? Im großen und ganzen scheint es aber, daß die Delegation das Richtige getroffen hat. Das deutsche Angebot war diskutabel und die ganze Welt, mit Ausnahme vielleicht von Polen, wäre heute weit besser daran, wenn der Friede auf der Grundlage der deutschen Gegenanschläge geschlossen worden wäre. Man kann sogar ruhig sagen: würde der Friede, anstatt in einer Epoche der allgemeinen Kriegspsychose, sechs Jahre später, in der Zeit von Locarno und Thoiry, geschlossen worden sein, er würde ungefähr so ausgesehen haben, wie ihn die deutsche Delegation am 29. Mai 1919 vorgeschlagen hat.

Damals freilich war leider nicht daran zu denken. Das sollten wir bereits am Tage nach der Uebergabe unseres Angebots erkennen. Denn die Sache fing damit an, daß der Oberste Rat der Alliierten über die deutschen Gegenanschläge die Zensur verhängte! Es durfte in den Ententeländern nur das offizielle Resümee veröffentlicht werden, das die Leitung der Pariser Friedenskonferenz herausgab. Die deutsche Delegation selbst, also die Einzelheiten des deutschen Vorschlages, seine überzeugende Begründung, all das wurde der öffentlichen Meinung der Siegerländer einfach unterschlagen. Dafür bezeichnete schon am ersten Tage die Pariser bürgerliche Presse übereinstimmend das deutsche Angebot als eine „Unverschämtheit“. Als wir dieses Echo vernahmen, wußten wir, daß von einem mit solchen Mitteln arbeitenden Gegner kaum noch etwas Gutes zu erwarten wäre.

Der volle Wortlaut der deutschen Gegenanschläge ist dann bald danach zur Veröffentlichung freigegeben worden: nämlich am 17. Juni, nach der Uebergabe der endgültigen Bedingungen der Entente; also erst dann, als man nicht mehr zu befürchten brauchte, daß die öffentliche Meinung in England, in Amerika, in Italien und sogar in Frankreich auf den Inhalt des deutschen Angebotes und auf seine Begründung sympathisch reagieren könnte.

So geschah im Zeichen der 14 Punkte Wilsons, dessen erster gelautet hatte: „Offene und öffentlich abgeschlossene Friedensverträge. . . . Die Diplomatie soll immer aufrichtig und vor aller Welt getrieben werden.“

Die letzten Wochen in Versailles

Untätiges Warten — Die letzten Hoffnungen schwinden — Schlechte Nachrichten aus Deutschland — Die Deutschen in Versailles als Ausflugsziel für die Pariser — Beratungen über die künftige Taktik — Der letzte Tag

Nachdem die deutschen Gegenanschläge überreicht wurden, war die Delegation zur Untätigkeit verurteilt. Die meisten Sachverständigen, ein großer Teil der diplomatischen Beamten reisten zurück. Auch von den Hauptdelegierten blieb eigentlich nur Brockdorff-Rangau dauernd in Versailles, die anderen, besonders die beiden Kabinettsmitglieder Landsberg und Giesberts begaben sich wieder nach Weimar, um die Regierungsgeschäfte wahrzunehmen und mit der Absicht, erst am Tage der Ueberreichung der endgültigen Antwort wieder in Versailles einzutreffen.

Für die Zurückgebliebenen begann eine Zeit des Abwartens, die durch die erzwungene Untätigkeit und durch die drückende Ungewißheit besonders schwer zu ertragen war. Es war ein wunderbarer heißer Sommeranfang, der Park von Trianon, den wir nur noch an bestimmten Tagen und Stunden benutzen durften, entfaltete seine schöne Pracht, welche durch die im Kriege eingetretene Vernachlässigung der verborgenen Stellen an urwaldartiger Uppigkeit und Stille nur gewann. Aber die stundenlangen Märsche durch die Alleen und Gebüsche vermochten nicht unsere trüben Gedanken zu verscheuchen, von denen uns nur wirkliche Arbeit hätte ablenken können. Am Vormittag studierte man eifrig die französische Presse, am Abend, wenn der Kurier eintraf, die heimatischen Zeitungen. Man erspähte die leisesten Andeutungen der Pariser Blätter über die Aufnahme der deutschen Gegenanschläge und versuchte, aus ihnen irgendwelche Fingerzeige über die kommende Antwort der Gegner zu gewinnen. Aber meist vergebens. Es waren immer die selben Leitartikel, haßerfüllt, höhnisch, zynisch und drohend. Jede Abänderung der „noch viel zu hochherzigen“ Bedingungen wurde als ein unerträglicher Gedanke zurückgewiesen, die französischen Unterhändler wurden aufgefordert, gegenüber etwaigen Einflüsterungen allzu weicher Bundesgenossen unbedingt fest zu bleiben. Die Protestkundgebungen in Deutschland seien nur Bluff, schließlich würden die Deutschen doch unterzeichnen. Und wenn nicht, dann würde man sie schon zu zwingen wissen.

Die Haltung der Sozialisten

Eine Ausnahme in diesem Chor des Hasses war die Gewalt bildeten nur die sozialistischen Blätter. Aber ihr Protest gegen die Gewaltpolitik der Sieger trug den deutlichen Stempel der Ohnmacht. Sie wagten nicht, den Deutschen die Ablehnung anzuraten. Und das ist nur allzu begreiflich: denn konnten sie sich mit dem Odium belasten, dazu beigetragen zu haben, daß noch immer nicht Schuld mit dem

Kriegszustand gemacht werde? Hätten sich dann die Enttäuschung und der Zorn der eigenen Anhänger, insbesondere unter den noch immer nicht entlassenen Frontsoldaten, nicht gegen sie selbst gekehrt? Keine Partei in Frankreich konnte die Verantwortung übernehmen. So war es für die französischen Sozialisten viel bequemer, bei allem scharfen Protest gegen die eigenen Machthaber auch die deutsche Regierung und insbesondere die deutschen Mehrheitssozialisten unter Berufung auf die damaligen Anklagen der deutschen Unabhängigen anzugreifen und im übrigen darauf hinzuweisen, daß die USP für die Unterzeichnung eintrete.

Es hieß die historische Wahrheit verschweigen, wenn man nicht betonte, daß in diesem Stadium der Verhandlungen die demonstrative Propaganda der Unabhängigen für die Unterzeichnung des Vertrages die taktische Position der Deutschen nicht unerheblich erschwerte. In diesen entscheidenden Tagen, in denen die Alliierten über die endgültigen Bedingungen berieten, war die Sorge vor einem deutschen „Nein“ der einzige Grund, der sie veranlassen konnte, wesentliche Abänderungen zuzugestehen. Diese Sorge beherrschte offenkundig einen großen Teil der englischen und amerikanischen Presse, deren Echo täglich nach Versailles drang. Aber die bürgerlichen französischen Blätter erklärten diese Sorge für unbegründet. Sie verschwiegen zwar, daß auch die Unabhängigen über den Inhalt des Vertrages ebenso scharf verurteilten wie jede andere deutsche Partei, umso mehr unterstrichen sie aber die Tatsache, daß der radikale Flügel der deutschen Arbeiterschaft die Unterzeichnung fordere und daß die Weimarer Regierung es kaum wagen würde, sich dieser revolutionären Volksbewegung entgegenzustellen. Man brauche sich daher nicht besonders anzustrengen und den Deutschen weitere Konzessionen zu machen.

Erstes Auftauchen der Dolchstoßlegende

Die Lektüre der deutschen Presse war zum Teil nicht viel erfreulicher. Es war deutlich zu beobachten, wie die Rechtsblätter die mächtige Protestbewegung im Volke für parteipolitische Zwecke auszunutzen bestrebt waren. Die abgedroschensten Klischees aus der Zeit der Kriegspsychose wurden wieder herausgeholt und als Parolen aufgetischt: „Lieber tot als Sklave!“ „Der Gott, der Eisen wachsen ließ. . .“ Der Protestbewegung auf dieser Seite fehlte jedes realpolitische Augenmaß, aber auch jeder sittliche Ernst. Sie trug sehr deutlich den Stempel der parteipolitischen Agitation und der Konjunkturausnutzung.

(Fortsetzung folgt)

Neue Hetzkampagne gegen die Juden

Beschlagnahme jüdischer Blätter — Der „gefährliche“ Schalom Asch

Das Leitorgan des Reichspropagandaministers Dr. Goebbels, der Berliner „Anariff“, legt in einer neuen Artikelserie seinen Heißdampf gegen angebliche „Uebergriffe“ und „Verbrechen“ der in Deutschland vertriebenen Juden fort. In zweien dieser Artikel wird sehr scharf gegen die „Jüdische Rundschau“ losgegangen.

Unter Bezugnahme auf die im „Anariff“ erscheinende Artikelserie „Ein Nazi fährt nach Palästina“ hatte die „Jüdische Rundschau“ der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Berichte ein objektives Bild vom Judentum von deutschen Lesern vermitteln würden. Darauf erwiderte der „Anariff“: „Die Judenfrage ist eine politische Frage ersten Ranges, und sie kann von uns aus nur politisch, nicht in einem bürgerlich-moralisch vom Standpunkt eines einzelnen ausgeht, gelöst werden, der Erfahrungen mit einzelnen Juden gemacht hat. . . Das Judentum ist in Deutschland nicht assimilierbar. Es mag europäische Völker geben, die sich mit den Juden abfinden und sie völlig in ihren völkischen Bestand hereinnehmen. In Deutschland ist die Frage unterschieden: ob gute oder schlechte, idealistisch oder materialistisch, sozial oder alosial, der Jude ist für alle Zeiten aus der deutschen Schicksalsbahn ausgeschlossen worden.“

In dem zweiten Artikel des „Anariff“ wird die „Jüdische Rundschau“ wegen einer Erwiderung auf eine Auslassung der „Neuburger Nationalzeitung“, angegriffen. Die „Neuburger Nationalzeitung“ hatte geschrieben: „Am Talmud und Schulchan aruch steht geschrieben, daß die Nichtjüdin (Golah) einem Schweine gleich und gerade auf reutz sei, dem Juden als Maad und als Sklavin zu dienen.“ Die „J. R.“ hatte den Mut, zu erklären, daß dieses Blatt des „Anariff“ eine glatte Fälschung sei, und erklärte, christliche Mädchen werden sehr gern arad in jüdischen Haushalten angeheilt, weil sie wissen, daß sie dort eine besonders gute menschliche Behandlung zu gewärtigen haben. Dazu schreibt der „Anariff“, in zahllosen Fällen habe die besonders gute Behandlung darin bestanden, daß der jüdische Hausherr dem blonden Mädchen besondere Schuld erwiesen habe. Dann folgt die unverhüllte Drohung, die „Jüdische Rundschau“ werde gut daran tun, sich nur jenen Aufgaben zu widmen, für die man sie bestehen ließ, sonst könnte auch ihr Platz leer bleiben.

Die Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ vom 28. September verfiel der Beschlagnahme, weil die Zeitung eine Skizze von Schalom Asch „Chronik einer Landnahme“ gebrannt hat. Die Skizze behandelt das Leben der Ohluden in Amerika und enthält keinerlei Hinweis auf deutsche Verhältnisse. Da aber Schalom Asch an der Wiener jüdischen Weltkonferenz, die sich für den Vorkriegs-Österreich aus sprach, teilgenommen hatte, dürfen Artikel von ihm in Deutschland nicht gedruckt werden. Der „Anariff“ ermahnt die „J. R.“, sich an die Gesetzmäßigkeiten der deutschen Presse zu halten, wenn sie nicht in den Verdacht der Staatsfeindschaft kommen wolle, und droht dem Blatt mit dem vollständigen Verbot.

Die letzte Ausgabe des „Hamburger Israelitischen Familienblattes“ wurde ebenfalls beschlagnahmt, weil das Blatt die von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß verkündeten antisemitischen „Sechs Gebote“ kommentiert und auch über die von den Behörden der jüdischen Jugend auferlegten Beschränkungen hinsichtlich der Gruppenwanderungen und der Sportausübung aeklagt hatte.

Geheißseitig mit dem Heißdampf gegen die jüdischen Zeitungen geht eine verstärkte Propaganda gegen die Juden, namentlich in den Provinzstädten, vor sich. An den Zufahrtswegen mehrerer Städte, so Wertheim und Tauberbischofsheim, wurden Transparenz angebracht: „Juden sind hier nicht erwünscht“. In Marburg, in Baumgarten und in anderen Orten forderten die Führer der Deutschen Arbeitsfront die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber auf, den Kampf gegen die Juden zu verstärken. In der großen Bauernversammlung in Amsbach, Bayern, wurden die Bauern von den Führern aufgefordert, die Juden aus dem Volksleben auszumerzen. Auf dem Viehmarkt in Frankfurt wurde die Nazi-Flagge unter Musikbegleitung herumgetragen, nachdem der letzte Jude vom Markt verschwunden ist.

Werbt für die „Deutsche Freiheit“!

Bunte Spalte

Gedenktafel für Karl Marx

Die letzten zehn Jahre seines Lebens hat Karl Marx in einem Haus in Maitland Road, in der Londoner Vorstadt Hampstead, gewohnt. Der Londoner Grafschaftsrat hat nun den Beschluß gefaßt, an dem Haus eine Gedenktafel mit folgenden Worten anbringen zu lassen: „Hier lebte Karl Marx, sozialistischer Philosoph“. Die Bedeutung von Marxs Persönlichkeit in der Welt der Philosophie macht seinen Londoner Aufenthalt jenseits aller politischen Stellungnahmen zu einer Stätte von ganz besonders historischer Bedeutung. Es ist darum nur zu verwundern, daß die Gedenktafel erst jetzt an seinem Wohnhaus angebracht wurde.

Aufobrief

Berlin, 4. Okt. Ministerialdirektor Brandenburg vom Reichsverkehrsministerium an die Pressevertreter Einzelheiten aus der neuen Reichsverkehrsordnung bekannt, die am 1. Oktober in Kraft treten ist. Sie bringt vor allem Bestimmungen über einen Aufobrief über die technische Beschaffenheit der Fahrzeuge. Ferner werden die Bestimmungen über die Ausständigkeit des Führerscheinbesitzers geändert, und zwar dahin, daß der Prüfling sofort nach bestandener Prüfung den Führerschein erhält und damit selbstständig fahren darf.

38 Frauen und 102 Kinder

38 Frauen und 102 Kinder, das ist ein Familienstand, der in unserer Zeit in einem europäischen Land sicherlich noch nicht dagewesen ist. Arschow, der bisherige Chef der OGPU, in der sowjetrussischen Industriestadt Tula, hat diesen Rekord eines Bigamisten in der kurzen Zeit von fünf Jahren aufgestellt. Die Kunde drang schließlich bis nach Moskau, und Stalin ordnete persönlich die Verhaftung des Leiters der politischen Polizei von Tula an. Arschow ist nun wegen Bigamie zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Er bekommt im Gefängnis zu anderen russischen Gefangenen seinen Lohn nicht auszahalt. Der Lohn soll nämlich für die Ernährung seiner Kinder verwandt werden. Dabei nur die Frage zu beantworten bleibt, ob ein Vater mit Gefangenearbeit 102 Kinder ernähren kann.

Synagogenschändung

Prag, 8. Okt. (JTA). Der Bürgermeister der Stadt Großzig (Kuhalt) hat, dem Druck der nationalsozialistischen Kreise nachgebend, die monumentale Synagoge dieser Stadt, die einst eine bedeutende jüdische Gemeinde beherbergte und in der auch heute noch mehrere jüdische Familien leben, in das Eigentum der Stadtgemeinde übernommen. Der jüdischen Einwohnerschaft wurde Gelegenheit gegeben, in einem feierlichen Gottesdienst von der Stätte ihrer Andacht Abschied zu nehmen.

Königsberg, 8. Okt. (JTA). In der Synagoge in Köffel (Dürr) wurden von unbekanntem Täter mehrere Fenster-scheiben zertrümmert. Es ist Anzeige erstattet worden; die Ermittlungen schweben noch.

In der Synagoge von Christburg (Dürr) ist ein Einbruch verübt worden. Gestohlen wurde eine Decke und ein Leuchter. Weiteres Silberzeug ist nicht entwendet worden.

Das Geheimnis um die Ermordung Dr. Probsts

A. Ph. Paris, 8. Oktober.

Von unserem Korrespondenten

Wir bringen heute eine weitere Fortsetzung aus der im „Gringoire“ veröffentlichten Artikelreihe „Mitter am Scheidewege“.

Etwas über die Geheißnisse des 30. Juni.

Man kennt die Geschichte des Ministerialdirektors Laufenner, jenes Führers der katholischen Aktion, eines vollkommenen Ehrenmannes, den man des Betrugs beschuldigte, dem man den Anspruch eines Priesters verweigerte und dessen Körper man einäscherte.

Wir wollen heute von Probst erzählen.

Dr. Probst war ein einflussreiches Mitglied des Kölner Zentrums; aber nach dem Beginn der braunen Diktatur kümmerte er sich nicht mehr um Politik. Er ist einzig und allein ein Freund, ein alier Mitarbeiter von Klausener. Persona grata beim Vatikan, hätte er seinen ebemaligen Ehezeiten können, indem er zu einem energischen Eingreifen des Vatikan Anlaß gegeben hätte.

Probst mußte herben, nicht wegen eines „Verbrechens“, das er begangen hat, sondern wegen des Verbrechens, das er begehen könnte.

Man achte auf das folgende Datum. Es beweist, daß die Verschwörung, daß die Vorfälligkeit der Blutigen nicht den Hingerichteten vorgeworfen werden kann, sondern den Helfern.

Am 28. Juni, zwei Tage vor den blutigen Ereignissen, empfängt Dr. Probst ein amtliches Telegramm aus dem Propagandaministerium. Man fordert ihn auf, in dringender Angelegenheit nach Berlin zu kommen. Als ergebener Unterthan Hitlers gehorcht Dr. Probst. 65 Millionen Deutsche fielen aus den Wolken, als man ihnen zwei Tage später im Radio mitteilte, man habe eine „surchtbare Verschwörung“ im Blut erstickt.

Unser Mann kommt im Propagandaministerium an. Zweifellos mit leichtem Herzen. Diese Nazidiktatur hat ihn ungeradezeitweise beiseite geschoben, will sie ihm nun endlich sein Recht werden lassen? Vielleicht ein offizielles Amt?

Kaum steigt er vor der Pforte am Wilhelmplatz aus, als eine Bereitschaft, eine schwarze Polizeipatrouille ihn höflich anfordert, in ein anderes Auto zu steigen.

Und Dr. Probst verschwindet noch vor seinem Freund Klausener. Sang- und klanglos geht er zugrunde. Nichts von ihm bleibt übrig. Klauseners Tod wird amtlich bestätigt, der von Probst nicht. Wenn jemand getötet wird, dann macht das in Deutschland keinen Eindruck mehr. Aber wenn man ihn gewissermaßen „wegaußert“, das erregt bei den Massen eine Ängstliche Reagierung. Solche vom Geheimnis umwobenen Geispenster erregen mehr Furcht als Haufen von Leichen, die man in Totenhäusern aufbahrt.

Der arme Probst hat sein Amt gefunden: das eines vom Geheimnis umwobenen Geispenster.

Vom Ursturm zum Totenfest

Deutsche Sonntagsnamen

Die Wochenschrift „Das evangelische Berlin“ schreibt in ihrer letzten Nummer: Das Organ der deutschen evangelischen Bewegung, „Die Deutsch-Kirche“, verteidigt sich zu folgenden Vorschlägen: Die kirchlichen Sonntagsnamen sollen geändert werden, und zwar sollen die vier Sonntage der Weihnachtzeit heißen: Herdener, Heiligsonne, Deutsches Leuchten, Weltenlicht; der Sonntag nach Weihnachten Christose, der Sonntag nach Neujahr Maria im Schnee. Nach Dreikönige folgen: Urstürme, Niesenkamp, Freies Bild, Verheerung, Palmsonntag. Dann folgen Oker, Kleinstern, Blütenkette, Jubelssonntag, Singelssonntag, Dammers Heimkehr, Alle Wiesen, Psingeln, Kleinpingeln. Daran sollen sich anschließen: Rosenfest, Roggenruhe, Gut Wetter, Gottes Tisch, Fahr ein, Erntetrang, Nebeneise, Schlichte rote Heide, Jugvogel, Einkehr, Manneskehr, Frauenloß, Jugendpreis, Kornensäden, Herdsekte, Weinlese, Gildhard, Regentruhe, Windsbraut, Gabelberend, Sterntaler, Totenfest.

In Köln wartet seine Familie auf ihn ohne das geringste Mißtrauen. Sie fängt erst an sich zu beunruhigen, als Radio und Presse in geheimnisvollen Worten von den Ereignissen des 30. Juni sprechen. Ein Verwandter, Professor J... reist nach Berlin, geht ins Propagandaministerium.

Nicht, Dr. Probst ist vorgeladen worden. Aber man weiß nicht, was aus ihm geworden ist.

„Ich glaube, daß sich der Doktor zum Polizeirevier in Richterfelde begeben hat.“

Richterfelde, wo sich die ehemalige Kadettenanstalt befindet, die heute Hitlers Truppen zur besonderen Verwendung als Unterschlupf dient. Richterfelde, wo man solchen Erschießungen vorgenommen hat. . . .

Auf dem Polizeirevier weiß man nichts. Man rät Herrn J... zur Gestapo in der Prinz-Albrecht-Strasse Nr. 6 zu gehen. Es ist besser, sich an Gott als an seine Heiligen zu wenden, nicht wahr? Auf den nächsten und stillen Fluren der Gestapo eine suchtbare Wanderung. Die Büros schicken den unerwünschten Gast von einem zum anderen. Man empfängt ihn höflich. Diese Herren sind ja so gut erzogen! Aber man antwortet ihm immer wieder, nachdem man sichtbarlich allerhand Papiere durchgesehen hat:

„Wir wissen nichts über Dr. Probst!“

Ein Zufall macht dieser Komödie ein Ende. Herr J... hat das Glück, einen auf katolischen Beamten ausfindig zu machen, der also das Mitleid noch kennt. Der Polizeibeamte weist auf eine Viste, die an der Wand seines Zimmers hängt: „Sehen Sie nach, ob sich der Name Ihres Verwandten darauf befindet.“

Es stehen fast hundertundfünfzig Namen darauf (samtlich soll man nur 77 Personen erschossen haben). Probst steht unter dem Buchstaben P auf dieser alphabetischen Viste.

Mit heiserer Stimme, mit umstörten Augen fragt Probsts Freund:

„Wo hat man ihn begraben? Wo kann man die Leiche erhalten?“

Der Beamte zuckt die Schultern.

„In der Luft!“ sagt er.

„In der Luft, die wir atmen, Außer Schleimer und seiner Frau hat man alle eingäschert.“

Die Gestapo im Ausland

Prag, 8. Okt. (Juprek.) In Marienbad wurde, wie berichtet, vor einigen Tagen der Chauffeur Ernst Sternkopf unter dem Verdacht der Mittäterschaft bei der Ermordung Theodor Weissas verhaftet. Sternkopf hat jetzt gefunden, daß er deutsche Kurgäste in Marienbad beobachtet und bei den deutschen Behörden denunziert hat, so daß sie nach ihrer Rückkehr in Deutschland verhaftet wurden. Bei einer Haus-suchung wurde umfangreiches belastendes Material vorgefunden, darunter eine Fotograffie Sternkopfs in Reichswehruniform. Man erwartet, daß es auf Grund des vorgefundenen Materials in den nächsten Tagen zu neuen Verhaftungen kommen werde.

die Stadt restlos zu räumen. In einer Entfernung von 20 Kilometern wollen die 1200 Einwohner von Pratagpur eine neue Stadt errichten, die in ihrer Anlage sicheren Schutz gegen die Affenplage bieten soll.

Judenschiff mit der Hakenkreuzfahne

Aus Bukarest wird der „Deutschen Freiheit“ berichtet: Das Schiff „Aid“, Eigentum eines jüdischen Reeders, der aus Deutschland nach Palästina ausgewandert ist, legte kürzlich im Hafen von Braila auf der Donau an. Das Schiff, dessen Ursprungshafen Daisa ist, ist ein moderner Bau; es soll regelmäßig die Fahrtverbindung zwischen Daisa und Wladivostok herstellen. Sein Kapitän ist ein Jude namens Rosenthal, der während des Krieges zu der Besatzung des berühmten Unterseebootes „Deutschland“ gehörte. Die Mannschaft der „Aid“ besteht ebenfalls aus Juden, und auf ihren Hüfen tragen sie das palästinensische Abzeichen (Magen David, den sechsbedigen Davidstern).

Aber was vor allem überrascht, ist die Tatsache, daß dieses erste jüdische Schiff unter der Hakenkreuzfahne fährt. Tatsächlich hat der Reeder aus Daisa den Dampfer in Deutschland erworben, wo er zur deutschen Handelsflotte gehörte. Aber entsprechend den internationalen Schiffsabmachungen muß jedes Schiff, das der Flotte eines Landes angehört und infolge eines Verkaufs die Flagge eines anderen Landes annimmt, drei Monate lang die Flagge des Ursprungslandes weiterfahren.

Er erübrigt sich, hinzuzufügen, daß dieses Schiff mit dem hebräischen Namen „Aid“, d. h. Zukunft, in allen Häfen, wo es anlegt und die Hakenkreuzflagge zeigt, das größte Aufsehen erregt.

Durst!

Eugen Mack, weiland Dienstknecht bei einem Viehhändler in Jendenhausen, ist ein durchschlagender Beweis für die Bestimmtheit des schwäbischen Nationalgetränks. Während der Arbeit und besonders in Abwesenheit seiner Herrschaften versprühte er des öfters großen, sogar sehr großen Durst. Er stieg dann bei solchem Zustand in den Keller, brachste sich mit einem Schlüsslein und deckte seinen Bedarf an einem noch nicht angebotenen Mokka. Nach zwei Monaten schon war das Fass mit 385 Liter Mokka bis auf den Grund leer!

Zwölf Jahre auf der Hochzeitsreise

Ein merkwürdiges Paar, dieser Herr F. Hecker und seine Gattin. Sie heirateten im August 1925; heirateten aber nicht, um einen Haushalt zu gründen, sondern um durch die Welt zu streifen. Noch am Hochzeitsabend maršierten sie los nach Belgien. Von dort zogen sie weiter durch Frankreich, Spanien, Desterreich, Italien, Griechenland, Bulgarien, Türkei, Syrien und den Irak. In Bagdad endlich konnten sie ihre Foktour unterbrechen, denn man schenkte ihnen zwei Fahrräder. Nun ging es etwas schneller. Sie fuhren mit ihren Dreirädern nach Indien und erreichten Kalkutta im Juli 1937. Von dort traten sie weiter nach Burma, Siam, Malaga, China, Japan und den Philippinen. Und jetzt trafen sie wieder in Kalkutta ein, um von hier aus den Rückweg nach der Heimat anzutreten. Sie legten bis jetzt 90.000 Kilometer zurück. Sie hoffen, daß sie im Jahre 1937 ihre Reise in München vor der Feldherrnhalle beendigt haben werden. Die Route wird jetzt sein: Nord-Indien, Arabien, Afrika und dann Europa. Seit etwa 10.000 Kilometern werden sie von einer deutschen Dogge begleitet, die ihnen in China zum Geschenk gemacht wurde. Diese Dogge erwies sich auf den Philippinen als sehr treuer Freund und Helfer. Räuberische Eingeborene verstellten ihnen den Weg. Vielleicht waren es auch keine Räuber, sondern nur Weihen-dasser. Noch ehe Hecker seinen Revolver gezogen hatte, um sich zur Wehr zu setzen, sprang die Dogge auf den Führer der Eingeborenen-Vorste zu und durchbiß ihm die Kehle. Einen zweiten Anstreifer erledigte der Hochzeitsreisende durch einen Revolverstoß, woraufhin es die anderen vorgezogen, das Weite zu suchen.

Affen belagern eine Stadt

Zeit vielen Monaten führen die Einwohner der indischen Kleinstadt Pratagpur einen erbitterten Kampf gegen eine Unmenge von Affen, die offenbar im nahen Urwald nicht mehr genug Nahrung finden. Sie demächtigten sich aller Lebensmittel, die sie erreichen konnten, und wurden allmählich immer frecher, als sie merkten, daß die Menschen ihnen nichts taten. Den Indern ist bekanntlich aus religiösen Gründen das Töten von Tieren verboten. So sahen sich die Bewohner der von den Affen bedrängten Kleinstadt gezwungen, ihre Stadt zu verbarstieren. Aber das war selbstverständlich wenig ansichtslos. Es ließ sich nicht verhindern, daß unüberlebbare Gorden die Stadt überschwemmen. Jetzt hat man sich endlich entschließen müssen,

Frankreichs Wahltag

Die Kantonalratswahlen

Paris, 9. Oktober.

Von unserem Korrespondenten

Die Kantonalratswahlen, die am Sonntag in aller Ruhe in Frankreich vor sich gegangen sind, haben keinerlei neuwertige Verschiebung der politischen Kräfte gebracht. Während die Blätter der Rechten etwas übertrieben von einem Sieg der bürgerlichen Parteien über die Einheitsfront sprechen und hier und da sogar glauben machen wollen, daß Sozialisten und Kommunisten vernichtend geschlagen worden seien, verhört der sozialistische „Populaire“, daß die Sozialdemokraten ihre Stimmengahl um 30 Proz. vermehren konnten, während die kommunistische „Humanité“ sogar von einer Verdoppelung der kommunistischen Stimmen spricht.

Dabei müssen Rechts- und Linkspolitiker zugeben, daß von einer Entscheidung überhaupt noch nicht die Rede sein kann, da diese erst im zweiten Wahlgang, der vielfach erforderlich ist, am nächsten Sonntag fallen wird. Dieser zweite Wahlgang wird auch klar zu erkennen geben, wie weit die Radikalsozialisten dort, wo ihre Stimmen den Ausschlag für einen Kandidaten der Linken oder Rechten gegeben haben, bereit sind, der Parole ihres Parteiführers Herriot zu folgen, d. h. sich überall gegen die sozialdemokratischen oder kommunistischen Kandidaten zu entscheiden. In 308 Fällen ist ein zweiter Wahlgang erforderlich. Der Kampf geht unter anderem um Kommunisten und 48 Sozialdemokraten. Es wird nicht nur interessant sein, zu beobachten, wie sich die Radikalsozialisten diesen Kandidaten gegenüber verhalten; nicht minder lehrreich wird die Haltung der von der Sozialdemokratischen Partei abspaltierten Marquet-Gruppe (socialistes de France) sein, die selbst noch mit 11 Kandidaten den zweiten Wahlgang zu bestreiten haben, im übrigen aber sich jetzt entscheiden müssen, ob sie ihre Wähler der Rechten zuführen und damit ihre einstigen Genossen offen bekämpfen wollen.

Wir lassen nun einige Pressstimmen über die Wahl am letzten Sonntag folgen:

„Petit Parisien“

meint, der erste Eindruck gehe dahin, daß die Kandidaten, die sich für die Politik der Regierung ausgesprochen hätten, im Vorteil seien. Es scheint wohl, daß Doumergues und Herriot's Reden von den Wählermassen verstanden worden seien.

Der „Matin“

glaubt zu der Feststellung berechtigt zu sein, daß Doumergues der Sieger sei. Doumergues und die Idee des Bürgerfriedens und der Einigkeit hätten am Sonntag triumphiert. — Henry de Kerillis glaubt im

„Echo de Paris“

menn der zweite Wahlgang das Ergebnis des letzten Sonntags behält, dann könne man von einem wirklichen Erfolg des Ministerpräsidenten Doumergues sprechen. Allerdings

müsse man feststellen, daß das Land noch eine Sorglosigkeit gegenüber den inneren und äußeren Gefahren an den Tag lege, die einen zur Verzweiflung treiben könne.

„Ami du Peuple“

macht sich über Leon Blum lustig, der den Sieg der Einheitsfront prophezeit habe. Der Bürger Leon Blum und die Vorherrschaft der Einheitsfront hätten sich nicht gebührt. Denn der gesunde Sinn der Wähler habe sich gegen sie entschieden.

„Ordre“

ist der Auffassung, daß sich keine große Veränderung feststellen lasse; die Wahl sei in auch von örtlichen Fragen beverrlicht gewesen. — Andre Guerin erklärt im

„Denree“

der Kampf beginne erst. Im zweiten Wahlgang müssen sich die Radikalsozialisten für oder wider entscheiden. Auch die Radikalsozialisten müßten jetzt Farbe bekennen. — Paul Faure spricht im

„Populaire“

von einem Siege der Linken. Der Sozialismus habe in Bewunderung erregender Weise dem gewaltigen Sturm standgehalten. Bei den letzten Kantonalwahlen hätte die Partei 40 000 Stimmen erhalten, am Sonntag 54 000, d. h. 14 500 neue Wähler, was einem Gewinn von 30 Prozent entspreche.

Schließlich bemerkt Pailiani-Couturier in der

„Humanité“

die kommunistische Partei habe ihre Stimmengahl gegenüber den Wahlen von 1928 zumindest verdoppelt. Ihre Situation sei im zweiten Wahlgang recht günstig. Es bestehe kein Zweifel daran, daß in sehr vielen Bezirken die Antifaschisten gemeinsam die Kandidaten der Einheitsfront schlagen werden.

Die Einheitsfront

Vor den Stichwahlen

Paris, 9. Okt. Im Laufe der Woche wird der erweiterte Vorstand der radikalsozialistischen Partei in Paris die Taktik für den zweiten Wahlgang der Kantonalwahlen festzulegen haben. Von Interesse ist zu erfahren, daß die kommunistische Partei beschlossen hat, bereits in neun Stadt- und fünf Landkantonen ihren Kandidaten zugunsten des in besserer Stichwahl stehenden marxistischen Kandidaten zurückzutreten. Dagegen beabsichtigen die Kommunisten in einem Stadt- und einem Landkanton von Nonn, im Einvernehmen mit den Marxisten dem radikalsozialistischen Kandidaten das Angebot zu machen, ihren Kandidaten zu ihren Gunsten zurückzutreten, wenn die Radikalsozialisten auf ein Mindestprogramm gegenüber den Kommunisten festzulegen sich bereit erklären wollen.

In der Nacht zum Dienstag hat ein häßlicher Angehöriger in Marzelle im Eifer einer politischen Debatte seinen Gegner schließlich durch fünf Revolverkugeln niedergeschossen. Der Würder hat sich daraufhin selbst der Polizei gestellt.

der in einer Ansprache die Traube als der menschlichen Gesundheit besonders zuträglich rühmte. Nachdem dieser unter dem Jubel der Anwesenden vorgenommene festliche Empfang vorbei war, fuhren die mit Trauben beladenen Wagen durch die malerische Rue Lepic hinunter zur Stadt und von dort zum Palais des Präsidenten, dem ein mit köstlichsten Goldwein gefüllter Korb überreicht wurde. Ab 10 Uhr vormittags verteilten dann die nach allen Stadtgegenden fahrenden Weinwagen gratis an die Bevölkerung Weintrauben.

Nachmittags erhielten zweitausend Schulkinder auf dem Play du Carroussel ebenfalls gratis die köstliche Frucht aus den Händen der Schönheitskönigin, des Fräulein „Paris“.

Pariser Berichte

Französischer Unterricht des Deutschen Klubs

Der Unterricht für Anfänger, den eine deutschsprachende französische Lehrerin erteilt, ist von Donnerstag auf Mittwoch, 21—23 Uhr, verlegt worden. Der Unterricht hat in der vorigen Woche begonnen, doch können am Mittwoch vor Beginn des Unterrichts noch Neuanmeldungen stattfinden. Der Kursus ist für Mitglieder des Klubs frei, für Gäste kostet er 2 Franken pro Stunde. Er findet statt im Deutschen Klub (Salons Le Péristyle, 31 bis, Rue Vivienne).

Lotterie

Die letzte 5-Millionen-Chance

Die Ziehung der zweiten Klasse der Lotterie des Dienstagabend um 8.30 Uhr im Trocadero statt. Die Ziehung selbst geht in gewohnter Weise vor sich; aber diese Ziehung wird deshalb von besonderem Interesse sein, weil zum letztmal ein Hauptgewinn von 5 Millionen Franken zur Verteilung kommt.

In Zukunft wird nämlich das große Los „nur“ noch zweieinhalb Millionen dem glücklichen Gewinner einbringen. Diesmal kommen 20 Gewinne von je einer Million Franken zur Verteilung; außerdem zahlreiche Gewinne von 300 000, 100 000, 50 000, 25 000, 10 000, 1000 und 200 Franken. Trostpreise in Höhe von je 100 000 beziehungsweise 50 000 Franken werden diejenigen Losinhaber erhalten, die die Nummern spielen, die in der nächsten „Nachbarschaft“ der Siegernummern stehen, auf die 5 Millionen oder nur eine einzige dieser Millionen fallen.

92 Jahre

Der langlebige Bürgermeister

Der älteste französische Bürgermeister ist dieser Tage gestorben. Es ist dies Arsène Mignen, der Bürgermeister von La Chapelle-Pallu in der Vendée, der kürzlich bei seinem Spaziergang stürzte und sich dabei ein Bein brach. Er wurde 92 Jahre alt.

Mignen gehörte dem Stadtrat seiner Gemeinde seit 64 Jahren an und war länger als 30 Jahre Bürgermeister; als solcher war er der Doyen unter sämtlichen Bürgermeistern der französischen Republik.

Im letzten Jahre starb seine Frau im Alter von 90 Jahren. Der Ehe entstammten 11 Kinder, von denen 9 noch am Leben sind. Eins von ihnen ist der Erzbischof Mignen von Rennes.

Montmartrés Weinerntfest

Die freie Gemeinde von Montmartre feierte am Sonntag ihr traditionelles Weinerntfest. Zehn Karren hochbeladen mit 30 000 Kilogramm Weintrauben zogen die Butte Montmartre herauf zum Play du Tertre, wo sie vom „Bürgermeister der freien Gemeinde von Montmartre“ empfangen wurden.

Durch's Guckloch

In der „Kölnischen Zeitung“ selbst war jüngst zu lesen, daß ihr früherer Chefredakteur Dr. Hans Pinkow durch Freitod geendet ist. Bis zum 1. Oktober 1933, also bis zu jenem Zeitpunkt, an dem der schmutzige Konkurrenzkampf, den das Nazi-Skandalblatt „Westdeutscher Beobachter“ mit allen Mitteln des SS-Terrors gegen den Verlag Dumont-Schauburg führte, um sich dessen blühende Inseratenform, den „Kölnischen Stadtanzeiger“, zu sichern (den zäheren und ledernereren Bissen des Weltblattes „Kölnische Zeitung“ wollte man dem geduldigen Opfer freudwilligst zur eigenen Ägung belassen), war Dr. Pinkow in dem Verlag tätig. In dem Nachruf, den die „Kölnische Zeitung“ dieser Tage ihrem toten Kollegen widmete, heißt es, daß er nicht mehr die körperliche und seelische Kraft besessen habe, „sein tragisches Leiden zu überwinden“ . . .

Welch „tragisches Leiden“ mag wohl über diesen bekannt-unbekannten deutschen Journalisten gekommen sein? Nun, er war Sohn eines Ministerialbeamten, der noch unter Bismarck in der Reichskanzlei gedient hatte. Der junge Pinkow hatte seit über zwanzig Jahren seinem Blatt und dem Vaterland, wie er es verstand, vielerorts, auf dem Balkan, in Wien, auf dem Posten des Chefs vom Dienst und zuletzt des Hauptschriftleiters seine Arbeit gewidmet. Herr Pinkow, der erst Fünfundsiebzehnjährige, war deutscher Nationalist von Tradition, Schluß und Kulturgefühl. Sein „tragisches Leiden“ war das Hitlerregime, das ihm alle Ideale zerbrochen vor die Füße geworfen hat, jenes Regime, dem Pinkow's Kollegen, der Kinder zu Haus und der teuren Miete gedenkend, mit grimmiger Verachtung all dessen, was sie früher angebetet hatten, mit dicken Schweißtropfen auf der gleichgeschalteten Stirn literarische und publizistische Zweite-Buchhalter-Dienste jetzt leisteten.

Ein emeritiertes Weltblatt beweint sauer-süß seinen toten Kollegen . . . Es war einmal dem eisernen Kanzler „ein Armeekorps am Rheine wert“. Wie viel wiegt's heute, unter der Gleichschaltung? Politisch und moralisch? Keinen Schuß Pulver! —

Professor Emil Brunner, die zur Zeit gewichtigste Autorität der protestantischen Theologie der Schweiz, hat handfeste Bekanntheit mit dem „dritten Reich“, seinen Methoden und insbesondere denen des Hitlerschen Himmelskürassiers, des Reichsbischofs Müller, gemacht. Besagter Gelehrter von Weltruf hatte ein paar wissenschaftliche Vorträge in Dänemark angenommen. Er besand sich, gar nicht an die Uebel dieser Welt denkend, in einem D-Zugabteil zwischen Kopenhagen und Nykjöbing, als ihn zwei dänische Journalisten, zufällige Abteilgenossen, über seinen Standpunkt zu den kirchlichen Dingen des „dritten Reiches“ befragten. Am anderen Tage schon brachte die dänische Presse ganz sinn- und wortgetreu den Tenor dieses Gelegenheitsinterviews. U. a. hatte Professor Brunner gesagt, daß das Gewicht der ausländischen protestantischen Kundgebungen gegen die Hitlersche Kirchengleichschaltung dadurch — leider! — verringert werde, weil in vielen Staaten ähnliche staatskirchliche Verhältnisse herrschten, wie in Deutschland; historisierend hatte Brunner noch bedauernd hinzugefügt, jetzt räche sich eben die Vertrauensseligkeit, mit der in der Reformationszeit das Wohl der Kirche dem Staat anvertraut wurde, um sie vor dem Zugriff Roms zu schützen.

Soweit — ganz richtig — die dänische Wiedergabe! Als aber die Propagandachefs des deutschen Reichsbischofs diese Darstellung in Händen hielten, kam ihnen gleich die smarte Inspiration: „Was hatte der Brunner gesagt? In vielen Ländern herrschen die gleichen Kirchenverhältnisse wie bei uns in Deutschland? Siehtes wohl, da hammer's ja! Die deutsche Kirchengleichschaltung — so erklärt Professor Brunner, Weltautorität aus der Schweiz — kann also unbedenklich fortgesetzt werden!“

Herr Professor Emil Brunner ist freier Schweizer. So meint er denn wohlklingend in der „Neuen Züricher Zeitung“, in der er diesen Fall richtigstellt: „Daß . . . mein Gespräch mit dänischen Pressemännern von deutscher Seite benutzt werden könnte, um genau das Gegenteil von dem auszumachen, was ich sagen wollte, habe ich, trotzdem ich über die Art, wie die deutsche Reichskirchenregierung mit der Wahrheit umspringt, ziemlich gut orientiert war, nicht für möglich gehalten.“ Nicht für möglich, Herr Professor? Was wäre schon in Hitlerdeutschland wirklich nicht möglich?

In Grimma in Sachsen, wo die schönen Mädchen nur so auf den Bäumen wachsen, ist kürzlich eine Ortsgruppe der nationalsozialistischen Frauenschaft gegründet worden. Das Amtsblatt der deutschen „Frauenschaft“ bringt es nicht über sich, dieses Ereignis der aufstrebenden Menschheit vorzuenthalten. Im Briefkasten teilt es aber auch die vereinigte Frauenschaft von Grimma selbst mit. Folgendermaßen lautet diese fröhliche Botschaft: „Wir haben jetzt hier eine Frauenschaft der nationalsozialistischen Frauenschaft nach heißem Kampf um die Volksseele gegründet. Wir fragen hiermit an, was wir jetzt tun sollen. Heil Hitler!“ Nu, was schon tun? Marxisten verhaften, Armstreichen üben, Meuterer erschießen, homosexuelle Schundfilme schreiben . . . Die Auswahl kann doch, weiß Gott, nicht schwer fallen, meine Damen.

F. E. Roth.

BRIEFKASTEN

Adem Kenneke, Briefe erreichen uns auch ohne „Einschreiben“ prompt. Der Kassa ist wegen der besonderen politischen Situation im Saargebiet für uns nicht geeignet.

Zaarbrücken. Sie schreiben und: „Mein Nachbar hatte seinen Sohn in ein Arbeitsdienstlager des „dritten Reiches“ geschickt. Es geht ihm freudgemäß, und der arme Junge quält sich redlich, wie er seinen Eltern, begeisterten Anhänger des „dritten Reiches“, seine herbe Enttäuschung hinsichtlich Verbindung und Ernährung mitteilen konnte. Da erinnerte er sich, daß das Schwein im Stall seiner Eltern den höchsten Vornamen Emma erhalten hatte. Er schrieb daraufhin eine Auftragskarte mit folgender Aufschrift nach Hause: „Liebe Eltern! Es geht mir hier soweit ganz gut. Ich benenne nur Emma.““

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pity in Duderstadt; für Inserate: Otto Rudn in Saarbrücken, Retentionsdruck und Verlag; Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5, — Schließfach 778 Saarbrücken.

„Deutsche Freiheit“

Abonnementspreise:

		im Monat	Zustellgebühr
Amerika	Dollar	1,—	0,50
Argentinien	Peso	3,—	1,—
Belgien	belg. Fr.	15,—	5,30
Dänemark	Kr.	3,70	2,30
England	sh	4,—	1,10
Frankreich	fr. Fr.	12,—	3,75
Holland	fl.	1,50	0,40
Italien	Lire	10,—	5,—
Luxemburg	belg. Fr.	15,—	5,30
Neubelgien	belg. Fr.	12,—	5,30
(Eugen-Malmédy)			
Oesterreich	(verboten)	—	—
Palästina	sh	4,—	1,10
Polen	(verboten)	—	—
Rumänien	Lei	90,—	30,—
Rußland	Rubel	1,—	—
Saargebiet	fr. Fr.	12,—	7,50
Schweden	Kr.	2,60	1,70
Schweiz	schw. Fr.	2,40	0,80
Spanien	Peseta	6,—	2,—
Tschechoslowakei	Kr.	30,—	5,50

Bei Zusendung unter Kreuzband durch die Post sind die Postgebühren vom Besteller mit dem Abonnementsbetrag zu entrichten.